

30 Jahre
lebendige Partei

30 JAHRE
SPD
BRANDENBURG



Inhalt



Vorwort	4
Die SPD Brandenburg	6
Landesausschuss	29
Mitgliederbeauftragte	33
Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus	40
Jusos	45
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	49
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)	54
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	61
SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung	64
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten*innen im Gesundheitswesen	68
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD	70
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	73
Wissenschaftsforum	76
Europabeauftragte der SPD Brandenburg	78
Landesgruppe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion	83
SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg	91
Fotostecke Familienfest 2019	109
Landesparteitage	113
Finanzbericht	116
Wir gratulieren!	132
Abschiede	134
Anhang	137

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie die Zeit vergeht! Im Jahrbuch 2017/18 ging es um die Bundestagswahl, die uns frisch in Erinnerung war, und um die Regierungsbildung im Bund. Nun sind wir mitten in der Wahlvorbereitung für 2021. Mit Olaf Scholz hat der SPD-Parteivorstand einen Kanzlerkandidaten nominiert, der beliebt ist, kompetent, international anerkannt und der das Format zum Kanzler hat.

In Brandenburg sind unsere SPD-Ortsvereine und Unterbezirke schon engagiert dabei, Delegierte zu wählen, Wahlkreiskonferenzen zu organisieren, Kandidat*innen zu nominieren und auch inhaltlich den Bundestagswahlkampf 2021 vorzubereiten.



Der Höhepunkt unseres Landtagswahlkampfes 2019 in Brandenburg und unser Wahlsieg liegen gerade mal ein Jahr zurück – mir kommt es viel länger vor. Es waren intensive Monate der Programmdiskussion und des Wahlkampfes. Schon im Frühjahr 2018 begannen wir, mit allen Genoss*innen, Gliederungen und Ebenen der SPD Brandenburg über unsere Ziele zu diskutieren, vier Regionalkonferenzen, eine Online-Mitgliederbefragung und intensive Textarbeit rundeten unser Programm ab.

Der Wahlkampf hätte spannender nicht sein können. Und im positiven, aber knappen Wahlergebnis sehe ich eine besondere Verantwortung, in den kommenden Jahren das Vertrauen der Wähler*innen zu rechtfertigen.

Die Dynamik der Covid-19-Pandemie hat selbst Expert*innen überrascht. Aber in Brandenburg und in Deutschland haben wir uns nicht von den Ereignissen treiben lassen, sondern rechtzeitig Entscheidungen getroffen, die einschneidend, aber notwendig waren. Weil sie notwendig waren, wurden sie von den Brandenburger*innen überwiegend akzeptiert und eingehalten. Das ist ein gutes Zeichen, ein Zeichen der Solidarität und Verantwortung.

2020 brachte historisches Gedenken mit sich: 75 Jahre sind seit der Befreiung Deutschlands durch die alliierten Streitkräfte vergangen, 75 Jahre seit der Beendigung des Mordens in Sachsenhausen, Ravensbrück und den NS-Vernichtungslagern. Dagegen war ein Blick in die jüngere Geschichte glücklicher und hoffnungsvoller: Die SPD Brandenburg feierte ihr 30-jähriges Jubiläum. Wir konnten uns leider nicht in einem großen Festsaal die Hände reichen, wie geplant. Aber wir feierten auf einer interaktiven Webseite mit vielen Freundinnen und Freunden.

Lasst uns die positiven Aspekte dieser außergewöhnlichen Zeit betrachten. Wir haben uns mit digitaler Vernetzung, Online-Konferenzen und moderner Kommunikation intensiv beschäftigt – ein nachhaltiger Wissensschub für uns alle. Der Blick auf unser Gesundheitssystem und unser Bildungssystem ist geschärft – Brandenburg zieht daraus zukunftsweisende Konsequenzen. Und die meisten begreifen: Menschen mit sozialem Gewissen sind die besseren Krisenmanager! Lasst uns selbstbewusst in ein neues Wahljahr gehen, wir müssen den Vergleich nicht fürchten.

Herzliche Grüße

Dr. Dietmar Woidke
Landesvorsitzender

Die SPD Brandenburg



Liebe Genossinnen und Genossen,

es liegen zwei spannende Jahre hinter uns. Wir haben in dieser Zeit einen Europawahlkampf, einen Kommunalwahlkampf und einen Landtagswahlkampf organisiert.



Vor Beginn des Superwahljahres 2019 blies uns ordentlich Wind ins Gesicht. Die Umfragen zeigten, dass der komfortable Abstand, den die SPD in Brandenburg zu den Konkurrenzparteien immer hatte, ziemlich zusammengeschrumpft war. Klar war aber, dass wir als selbstbewusster Landesverband auf

Sieg und nicht auf Platz spielen würden. Wir haben uns voller Selbstbewusstsein an die Organisation dieser Wahlkämpfe gemacht. Wir waren uns aber in jeder Sekunde der Herausforderung bewusst und haben konzentriert an unserem Ziel gearbeitet, wieder als stärkste Kraft daraus hervorzugehen.

Bei der Kommunalwahl waren nochmal mehr Kandidierende auf unseren Listen als bei der letzten Kommunalwahl. Ich habe mich über die Kandidatur von jeder und jedem auf den SPD-Listen gefreut. Wir sind vor Ort stark verankert. Davon zeugt, dass die meisten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit Parteibuch eines unserer SPD haben.

So starteten wir mit nur kurzer Atempause in den Landtagswahlkampf. Seit der Gründung Brandenburgs tragen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung für unser Land. Es den Sozis mal zu zeigen, einte alle Konkurrenzparteien. Wir haben allerdings eine sehr emotionale Kampagne entwickelt, die den Nerv der Zeit genau traf. EINBrandenburg knüpfte an Erfolge an und zeigte Herausforderungen auf. EINBrandenburg motivierte Mitglieder und zog das Interesse auf unsere Ziele. Wie wollten wir das ganze Land entwickeln, was brauchte es und wie schnell könnten Versprechungen Realität werden? Wir mussten liefern und wir taten dies auch.

Auf den Schlussmetern dämmerte es außerdem vielen, dass die Rechten in diesem Land gefährlicher wurden und gestoppt werden mussten. Dietmar Woidke stand für ein Bollwerk der Demokratie gegen Rechtsaußen und versprach Stabilität in unruhigen Zeiten. Mit unserer klaren Haltung gegen Rechts und für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg haben wir die Wahl gewonnen. Wir hatten an Prozenten verloren, aber an absoluten Stimmen sogar dazugewonnen.

Mitten in unserem Landtagswahlkampf trat auf Bundesebene unsere Parteivorsitzende Andrea Nahles von all ihren Ämtern zurück. Zunächst übernahmen die drei stellvertretenden Vorsitzenden Manuela Schwesig, Thorsten Schäfer-Gümbel und Malu Dreyer kommissarisch die Leitung der Partei. Zugleich begannen sie, einen Beteiligungsprozess für die Nachfolge an der Spitze der SPD zu organisieren. Er startete direkt nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen.

Ich erinnere mich an viele und lebendige Diskussionen auf den Regionalkonferenzen. Und immer mittendrin: Olaf Scholz, der mittlerweile seine Zelte in Potsdam aufgeschlagen hatte, und Klara Geywitz. Sie traten gemeinsam als Team an und mussten sich in der Stichwahl nur dem siegreichen Paar Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans geschlagen geben. Wie konstruktiv und fair die ganze Auseinandersetzung verlief, zeigte auch, dass direkt danach Klara Geywitz zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt worden ist. Klara hatte sich in den Herzen der Parteimitglieder einen Platz erkämpft. Seit dem Bundesparteitag 2019 ist sie unser Gesicht in der engeren Parteispitze.

Dieser politische Bericht betrachtet die SPD Brandenburg vom Herbst 2018 bis zum Herbst 2020. Ergänzt wird er durch den Finanzbericht ab Seite 116 und den Bericht der Mitgliederbeauftragten ab Seite 33.



Der Landesvorstand am 17.11.2018 (v.l.n.r): Annemarie Wolff, Inka Gossmann-Reetz, Melanie Balzer, Erik Stohn, Stephan Loge, Stefan Zierke, Frank Steffen, Ines Hübner, Dietmar Woidke, Katrin Lange, Simona Koß, Maja Wallstein, Mike Schubert, Harald Sempf, Daniel Kurth.

Der SPD-Landesvorstand wurde am 17. November 2018 auf dem Landesparteitag gewählt. Er tagte in der Regel monatlich, meist im Regine-Hildebrandt-Haus, aber auch in Cottbus, Ludwigsfelde und am Seddiner See. Zwischen März und August 2020 nicht als Präsenzsitzung, sondern in Telefonkonferenzen. Um die Regelungen der Umgangsverordnung auch bei einer parteiöffentlichen Vorstandssitzung gewährleisten zu können, waren wir in jüngster Zeit im „Treffpunkt Freizeit“ in Potsdam zu Gast.

Vorbereitung der Landtagswahl 2019

Als der Landesvorstand im November 2018 vom Landesparteitag neu gewählt wurde, wurde gleichzeitig die Landtagswahl 2019 intensiv vorbereitet. Der Parteitag diente auch der inhaltlichen Positionierung auf das wichtige Superwahljahr 2019.

Schon auf der Klausurtagung 2018 war die Wahlprogrammkommission eingesetzt worden, die ihre Arbeit nicht im stillen Kämmerlein, sondern transparent und einladend gestaltete. Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und alle Gliederungen waren eingeladen, am Wahlprogramm mitzuschreiben. Zusätzlich wurden in vier Regionalkonferenzen die wichtigsten Themen besprochen, die in ein sozialdemokratisches Wahlprogramm gehören. Aber damit endete die Beteiligung der Partei noch lange nicht.

Nachdem ein Entwurf in mehreren Lesungen im Landesvorstand behandelt wurde, wurden die Mitglieder auch einbezogen, als es um die

Entscheidung ging, was wir von unseren im Wahlprogramm enthaltenen Programmpunkten im Wahlkampf nach vorn stellen würden. In einer Online-Mitgliederbefragung konnten alle Parteimitglieder ihre Prioritäten festsetzen und damit dem Wahlkampfteam ihre Wünsche für Themenplakate, Flyertexte und Argumentationskarten übermitteln. Während des gesamten Beteiligungsprozesses war es die Aufgabe der Wahlprogrammkommission, die Ideen und Vorschläge, Priorisierungen und Hinweise zu sichten und zu sortieren. Man kann mit Fug und Recht



Die Wahlprogrammkommission: Felix Menzel, Maja Wallstein, Simona Koß, Erik Stohn, Sylvia Lehmann, Mike Bischoff

behaupten, das war **unser** Wahlprogramm. Unser Wahlkampf wurde nach all dem auf vier Säulen aufgebaut: Wir waren für Gerechtigkeit, Sicherheit, Fortschritt und Zusammenhalt.

Gerechtigkeit braucht das Land. Daran arbeiten Sozialdemokrat*innen seit Beginn an und es gibt immer noch etwas zu tun: Die Kitabeitragsfreiheit wurde ebenso ein wichtiger Programmpunkt wie die Erhöhung des Vergabemindestlohnes auf eine armutsfeste Größe von 13 Euro.

Sicherheit war aus Sicht der Kommission nicht nur die innere Sicherheit, Polizei und Justiz, sondern auch ein starker Staat, der den Menschen soziale Sicherheit gibt. Davon war und bleibt die SPD überzeugt: ein starker Staat soll auch Menschen sozial auffangen und niemanden abrutschen lassen.

Ein fortschrittliches Land, das Forschung und Wirtschaft Hand in Hand wirken lässt, das die Chancen der Digitalisierung voll nutzt und sich der Energiewende gestaltend annimmt, war eine Säule des Wahlprogrammes und damit des Wahlkampfes.

Aber all das erreicht man nur gemeinsam und im Miteinander. Wir wollten EINBrandenburg sein, das zusammenhält und die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam anpackt und in alle Regionen ausstrahlt. Gerechtigkeit,



Das fertige Wahlprogramm, vom Landesparteitag am 11. Mai 2019 beschlossen

Sicherheit und Fortschritt für alle Regionen, für alle Menschen, ob arm oder reich, ob jung oder alt, ob im Speckgürtel oder in der schönen Prignitz, ob hier geboren oder später zugezogen, galt es für alle zu organisieren.



EINBrandenburg hat nicht zuletzt ein Zeichen gesetzt gegen die Angstmacher und Spalter von rechts, die ohne konstruktiven Plan und ohne eine Idee für die Zukunft Brandenburgs auf Stimmenfang gegangen sind.

EINBrandenburg hat die Landtagswahl 2019 gewonnen.

Gekämpft wurde auf allen Plätzen und Kanälen

Die SPD ist in den Wahlkampf gezogen mit 44 überzeugenden Kandidierenden in den Wahlkreisen – 20 Frauen und 24 Männer. Allen wurde ein professionelles Kandidat*innenpaket zur Verfügung gestellt: hochprofessionelle Plakate mit tollen Fotos, individualisierte Flyer und Türhänger, Postkarten und Argumentationskarten, eine Schlussmobilisierungskarte, Beratung beim Online-Wahlkampf und andere personalisierte Produkte gehörten zur kostenfreien Grundausrüstung für jede*n Direktkandidat*in. In Umfang, Wert und Individualisierung wurde das Paket im Vergleich



EIN-Brandenburg-Tour am 12.07.2019 in Altlandsberg

zur Landtagswahl 2014 deutlich überschritten.

Ergänzt wurden die Angebote aus der Wahlkampfzentrale im Regine-Hildebrandt-Haus durch eine erste Tour unseres Spitzenkandidaten Dietmar Woidke, die vor der Kommunalwahl in alle Unterbezirke führte.

Der Wahlkampf wurde online und vor Ort geführt.

Vor allem die EINBrandenburg-Tour, bei der Dietmar Woidke zwischen dem 9. Juli und dem 30. August die Wahlkreise und Direktkandidat*innen besuchte, legte die Aufmerksamkeit auf unsere inhaltlichen Angebote für Land und Leute. Die drei Potsdamer Wahlkreise feierten ihr Tour-Event gemeinsam auf einem Familienfest am 2. August im Volkspark der Stadt.



Großflächenplakate auf den Straßen Brandenburgs thematisierten die Schwerpunkte des Wahlprogramms: Gesundheit und Wohnungsbau, Infrastruktur, Kitas, Schulen und Bildung, Sicherheit und letztlich wieder Zusammenhalt und Solidarität. Die pointierte und personalisierte Schlusssatzung war dann: „Unser wichtigstes Argument heißt Dietmar Woidke.“

Die letzten 14 Tage vor dem Wahltermin 1. September standen unter dem Motto der Zuspitzung. Rainer Opolka warnte mit seinen Wölfen vor dem AfD-Büro, und immer wieder wurde die Bedeutung der Wahl deutlich. Es ging um was und das spürten die Brandenburgerinnen und Brandenburger. Wir haben die Freiheit vor 30 Jahren doch nicht erkämpft, um das Land jetzt denjenigen zu überlassen, die sie uns wieder nehmen wollen: Die Freiheit zu

denken, zu fühlen und nach vorn zu entwickeln. Schlechte Laune ist kein guter Treibstoff für den Motor Brandenburg. Zusammenhalt braucht das Land. Immer wenn wir zusammenstanden, haben wir Großartiges geschafft. Das spürten die Menschen und wählten den Fortschritt für das ganze Land.

Viele bekannte Kulturschaffende, Sportler*innen und Schauspieler*innen unterstützten Dietmar Woidke in einer von ihnen selbst herausgegebenen Zeitung. Ihre Aussage „Dietmar Woidke ist der beste Ministerpräsident für Brandenburg“ wurde in den Online-Kanälen aufgegriffen. Parallel erklärten sich viele weitere Unterstützer*innen bereit, ihr Gesicht und ihre Fürsprache öffentlich zu machen.

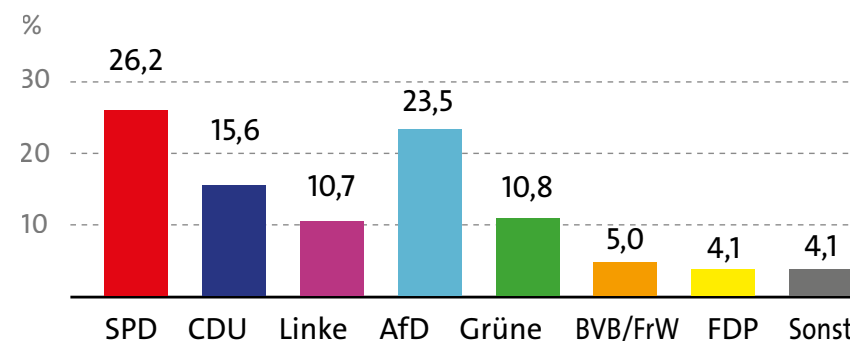


Social-Media-Werbung in der heißen Wahlkampfphase.

Nachdem in den Umfragen der Vorsprung der AfD vor der SPD im August vollständig eingeschmolzen war, war die Spannung am Wahlabend, dem 1. September, sehr groß. Die Potsdamer SPD beging ihre Wahlveranstaltung in der Wissenschaftsetage und Dachterrasse des Bildungsforums Potsdam mit dem Spitzenkandidaten als Gast. Als die Wahlergebnisse auf den Bildschirmen auftauchten, war klar, dass die Bemühungen zur Mobilisierung gegriffen hatten: Mit 61,3% war die Wahlbeteiligung um 13,5 Prozentpunkte höher als 2014. Mit dem Ergebnis von 26,2% lag die SPD um 5,7 Prozentpunkte schlechter als 2014, hatte aber in absoluten Zahlen mehr Wähler*innen überzeugt als 5 Jahre zuvor.

Bei der Auswertung der Wähler*innen-Wanderung zeigte sich, dass die SPD viele Nichtwähler mobilisieren konnte und von den Linken und der CDU Stimmen gewann. Stimmen verloren gingen vor allem an Grüne und AfD. Einen Teil der Menschen, die uns 2014 gewählt hatten, verloren wir allerdings auch durch Todesfälle in diesen 5 Jahren. Dies korrespondiert damit, dass die SPD Brandenburg bei den Jungwähler*innen – bis hin zur Altersstufe 44 – unterdurchschnittlich vertreten war und stärker von den Älteren gewählt wurde.

Landtagswahl Brandenburg 2019



Zweitstimmenergebnis, Quelle: Landeswahlleiter

Dietmar Woidke und der Landesvorstand betonten am Wahlabend und in den Tagen danach mehrfach, dass sie dieses Wahlergebnis sowohl mit Dankbarkeit als auch mit Demut betrachteten. Denn einerseits waren wir froh und stolz, dass wir so eine fulminante Aufholjagd hingelegt und unser Land nicht den Rechten überlassen hatten. Aber wir mussten und müssen erkennen, dass uns viele Menschen ihre Stimme gegeben hatten, um die AfD als stärkste Kraft zu verhindern. Verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen bleibt unsere Aufgabe, die wir durch gute Politik im Land realisieren können.

Die neue SPD-Fraktion besteht aus 25 Frauen und Männern: Uwe Adler, Günter Baaske, Ortwin Baier, Helmut Barthel, Mike Bischoff, Tina Fischer, Johannes Funke, Inka Gossmann-Reetz, Elske Hildebrandt, Daniel Keller, Britta Kornmesser, Katrin Lange, Ulrike Liedtke, Björn Lüttmann, Hardy Lux, Andreas Noack, Harald Pohle, Katja Poschmann, Wolfgang Roick,

Sebastian Rüter, Ludwig Scheetz, Erik Stohn, Jörg Vogelsänger, Udo Wernitz und Dietmar Woidke. Ulrike Liedtke wurde am 25. September 2019 zur Präsidentin des Landtages Brandenburg gewählt. Mehr Informationen findet Ihr im Bericht der SPD-Landtagsfraktion (Seite 91).



Auch für die SPD Brandenburg bedeutete der Abend des 1. September keine Arbeitspause, denn nun mussten die Koalitions Sondierungen und, nachdem klar wurde, dass eine Koalition mit der CDU und den Grünen angestrebt wurde, gemeinsam mit den anderen Parteien die Koalitionsverhandlungen organisiert werden.

Die Koalitionsverhandlungen waren hart, aber es war von Anfang an klar, dass alle drei Parteien die Regierung bilden wollten und kompromissbereit waren. Bereits am 25. Oktober, also keine zwei Monate nach der Wahl, stellten Dietmar Woidke, Michael Stübgen und Ursula Nonnemacher den Koalitionsvertrag vor. Beim Landesparteitag der SPD Brandenburg am 15. November 2019 wurde der Koalitionsvertrag durch die Delegierten gebilligt. An diesem Tag stellte Dietmar Woidke die sozialdemokratischen Minister*innen in seinem Kabinett vor.



Das Kabinett ist weiblicher als je zuvor. Dietmar Woidke stellt am 15. November 2019 seine sozialdemokratischen Minister*innen vor: Jörg Steinbach, Katrin Lange, Kathrin Schneider, Britta Ernst und Manja Schüle

Fünf Tage später, am 20. November 2019 wurde Dietmar Woidke vom Landtag Brandenburg ins Amt des Ministerpräsidenten Brandenburgs wiedergewählt. Am 11. Dezember 2019 hielt er seine eröffnende Regierungserklärung.

Mitgliederöffentliche Arbeitskreise und Historische Kommission

Arbeitskreise stehen allen Mitgliedern der Brandenburger SPD offen. Sie sollen interessierten Mitgliedern und Nichtmitgliedern ermöglichen, aktiv an der inhaltlichen Arbeit der Brandenburger SPD mitzuwirken. Die Arbeitskreise haben die Aufgabe, den Landesvorstand zu beraten und in seiner Arbeit zu unterstützen. Die Arbeitskreise Wirtschaft und Energie, AK Umwelt und ländliche Entwicklung, AK Digitale Gesellschaft, AK Sozialdemokrat*innen in der Polizei, AK Verkehr, AK Europa, AK Polen und der AK Migration und Vielfalt führten ihre Arbeit 2019/2020 aktiv fort. Neu eingerichtet wurde die Historische Kommission durch Beschluss des Landesvorstands vom April 2019. Die Kommission konstituierte sich am 1. August 2019 und setzte sich zur Aufgabe, die Geschichte der Sozialdemokratie in Brandenburg aufzuarbeiten, zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Kommunalwahlkampf

Am 26. Mai 2019 fanden sowohl die landesweiten Kommunalwahlen in Brandenburg als auch die Europawahlen statt. (Zum Ablauf und den Ergebnissen des Europawahlkampfes lest Ihr den Bericht ab Seite 78.)

Bei den Kommunalwahlen wurden die Vertretungen in allen Landkreisen, kreisfreien Städten, Städten und Gemeinden, die ehrenamtlichen Bürgermeister*innen und die Ortsvorsteher*innen gewählt. Insgesamt waren rund 6.100 Sitze zu vergeben, auf die sich 21.000 Personen beworben hatten (Quelle: LZfPB Brandenburg).



Unmöglich ist es, in diesem Jahrbuch die Aktivitäten all unserer ehrenamtlichen Genoss*innen darzustellen, die im Kommunalwahlkampf Plakate gehängt, Feste organisiert, Zeitungen geschrieben oder soziale Medien bedient haben. Deshalb an dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön an Euch alle für Euren Einsatz, Eure Zeit und Eure Arbeit!

Die Vorbereitungen im Landesverband Brandenburg hatten über ein Jahr früher begonnen. So wie bei der Kommunalwahl 2014 wurde den sozialdemokratischen Bewerber*innen ein Werkzeug zur Verfügung



gestellt, das einen kommunalen Wahlkampf kostengünstig und effektiv ermöglichte. Das Länderportal wurde im November 2018 vorgestellt. Es war in den vorangegangenen Jahren als „Druckportal“ oder „Gestaltungportal“ bekannt, erfuhr aber technische Neuerungen, die die Bedienung vereinfachten.

Der SPD-Landesverband stellte über dieses Portal Produkte in einem einheitlichen Layout bereit, die bereits einen Europa-Wahlkampfteil

beinhalteten, wie Kandidat*innenplakate, Veranstaltungsplakate, Flyer für Einzelwahlen, Flyer für 6, 10 oder 24 Kandidat*innen, Visitenkarten, Briefbögen, Türhänger, Newsletter, Veranstaltungsflyer, Störer. Ebenso diverse online nutzbare Kacheln für die Kanäle der sozialen Medien.

Im April und Mai 2019 tourten Dietmar Woidke und die sozialdemokratischen Minister*innen durchs Land. Bei der „Sag doch mal“-Tour wurden sie begleitet von Künstler*innen, Kommunalpolitiker*innen und Expert*innen, die mit ihnen und mit dem Publikum in ausgesuchten Kneipen, Bars oder Gasthäusern im ganzen Land über die Situation der Region, Kritisches und Bereicherndes, Kommunal- und Landespolitik redeten.

Im landesweiten Durchschnitt war das Ergebnis der SPD bei den Kommunalwahlen ernüchternd. Sie schloss 6,8 Prozentpunkte schlechter ab als 2014 und erreichte 17,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen, Platz zwei hinter der CDU (18,3%). Aber die SPD hatte es geschafft, mit mehr Kandidat*innen auf den Listen anzutreten als noch 2014 – und das flächendeckend im ganzen Land. Besorgniserregend waren die Ergebnisse der AfD auf kommunaler Ebene, die um 12 Prozentpunkte auf 15,9 % wuchs. Diese Ergebnisse waren ein Warnsignal, aber auch ein Motivationsschub, um in der heißen Phase des Landtagswahlkampfes noch einen besonderen Schwerpunkt auf den Kampf gegen rechtspopulistische Sprüche und Aktivitäten zu setzen.

Im Sommer 2019 wurde das große Fest der SPD Brandenburg erstmals als fröhliches Familienfest organisiert. Der Eintritt war frei und alle Menschen eingeladen. Dafür waren Speisen und Getränke kostenpflichtig, aber in einem Rahmen, den sich auch Familien mit Kindern durchaus leisten konnten. Die zahlreichen Gäste trotzten dem Regen und hatten Spaß mit Puppentheater und Musik von Leona Heine and friends. Im Mittelpunkt aber standen unsere Landtagskandidat*innen, die sich in Talks den Gästen vorstellten. (Fotos ab Seite 109)

37 Bürgermeister*innen-Wahlen

Durch den harten und polarisierenden Landtagswahlkampf wurde im Jahr 2019 fast aus dem öffentlichen Blick verdrängt, dass parallel – ebenfalls am 1. September – in 37 Städten und Gemeinden Brandenburgs hauptamtliche Bürgermeister*innen gewählt wurden. In 11 davon gab es sozialdemokratische Bewerber*innen, nämlich (alphabetisch nach Gemeinde) Michael Schwuchow in Blankenfelde-Mahlow (Wahl gewonnen), Matthias Perschall in Fehrbellin (Wahl gewonnen), Michael Proch in Heidesee, Clemens Neumann in Jüterbog, Mario Jilg in Leegebruch, Martin Kaspar in Michendorf, Felix Menzel im Milower Land (Wahl gewonnen), Filippo Smaldino im Mühlenbecker Land (Wahl gewonnen), Steffen Krautz in Schenkendöbern, Cornelia Schulze-Ludwig in Storkow (Mark) (Wahl gewonnen) und Germaine Keiling in Werneuchen. Einen herzlichen Dank an alle Wahlkämpfer*innen!



Die Tatsache, dass die SPD Brandenburg in weniger als einem Drittel der Wahlen überhaupt sozialdemokratische Kandidat*innen nominiert hat, ist alarmierend. Sie macht deutlich, wie wichtig die Nachwuchsförderung ist, zum Beispiel durch die TalentAkademie, von der noch die Rede sein wird.

Sie zeigt aber auch, dass wir in unseren Ortsvereinen mehr Bereitschaft brauchen, vor solchen kommunalen Wahlgängen offen über Kandidat*innen zu diskutieren, vielleicht auch externe Bewerber*innen zu suchen und zu akzeptieren. Es mag im Einzelfall einen Grund geben, parteilose Kandidat*innen oder Vertreter*innen anderer Parteien zu unterstützen. In der Gesamtsicht ist diese Entwicklung aber gefährlich. Bürgermeister*in-

nen sind nur dann Aushängeschilder unserer Partei, wenn sie ihr angehören. Wir reden oft von dem Problem, dass wir Strukturen in der Fläche verlieren. Dann müssen wir aber auch bereit sein, für solche Strukturen zu kämpfen. Sozialdemokratische Bürgermeister*innen können 8 Jahre lang für ein SPD-freundliches Klima in ihrer Gemeinde und für sozialdemokratische Kommunalpolitik arbeiten, sie finanzieren mit ihren Sonderbeiträgen den nächsten Wahlkampf für sich selbst oder die oder den Nachfolger*in. Auch das ist ein solidarisches Prinzip, das mit Parteilosen nicht funktioniert.

„Wir wählen eine neue Spitze“ – das Mitgliedervotum

Parallel zu dieser Entwicklung starteten die 23 Regionalkonferenzen der SPD in ganz Deutschland, bei denen sich die Kandidat*innen für den Parteivorsitz vorstellten; gewählt werden sollte erstmals in der Geschichte der SPD eine Doppelspitze. Zur Veranstaltung in Potsdam am 1. Oktober 2019 meldeten sich so viele Genoss*innen an, dass der Ort vom Fraunhofer-Konferenzzentrum auf die große Halle in der Biosphäre Potsdam umgeplant wurde, die mehr Besucher*innen fassen konnte.

Auch Brandenburger Genoss*innen waren beim Auszählen im Willy-Brandt-Haus dabei, als die Ergebnisse des ersten Wahlgangs am 25./26.



Oktober 2019 ermittelt wurden: Eine Stichwahl zwischen Klara Geywitz und Olaf Scholz auf der einen und Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans auf der anderen Seite war nötig. Der zweite Auszählungs-marathon am 29./30. November 2019 ergab den Sieg von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans.

Nach dem Bundesparteitag vom 6. bis 8. Dezember 2019 konnten wir als SPD Brandenburg feststellen: Mit Dietmar Woidke, Gustav Horn und mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden Klara Geywitz ist die SPD Brandenburg dreifach vertreten in unserer Parteispitze. Bei der Januar-Sit-

zung des Landesvorstandes waren alle drei Genoss*innen anwesend und konnten ihre Schwerpunkte im Parteivorstand der SPD hervorheben.

Tod von Manfred Stolpe

Am 29. Dezember 2019 starb Dr. Manfred Stolpe, Ehrenvorsitzender der SPD Brandenburg, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Bundesminister a.D., Genosse und Freund. Auch wenn viele wussten, dass Manfred Stolpe viele Jahre schwerer Krankheit hinter sich hatte, hinterließ sein Tod die SPD Brandenburg doch fassungslos und in Trauer. In seinen Kondolenzbüchern in der Staatskanzlei und im Regine-Hildebrandt-Haus trugen sich viele Trauernde ein. Die Gedenkfeier, die am 21. Januar 2020 in der Nikolaikirche stattfand, hatte Stolpe zum Teil selbst geplant. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt die Gedenkrede.



Die TalentAkademie

Erstmals im Januar 2020 diskutierte der Landesvorstand die Konzeptidee eines neuen Nachwuchsförderprogramms. Sie war von Mike Schubert eingebracht und von mir gerne initiiert worden. Beide sind wir Absolventen des Programms von 2010–2012. Bei der Klausur im März 2020 wurde dann die Konzeption zur neuen TalentAkademie beschlossen. Sie sieht vor, rund 25 Teilnehmer*innen in einem zweijährigen Programm durch Kurse in Kommunal- und Landespolitik, Seminare zu Grundwerten und Strukturen der SPD, aber auch zu Methoden und Werkzeugen der Kommunikation, Strategie, Rhetorik und Konfliktbewältigung zu schulen. Ein weiteres zentrales Element ist das Mentoringprogramm, bei dem die Teilnehmer*innen als Mentees von erfahrenen Mentor*innen über die Dauer des Programms begleitet und beraten werden. Schirmherr der TalentAkademie ist der Landesvorsitzende Dietmar Woidke. Das Ziel des Programms ist, an die

erfolgreiche Nachwuchsförderung der Vergangenheit anzuknüpfen und Sozialdemokrat*innen zu befähigen, in Zukunft Verantwortung in der Partei, aber auch in öffentlichen Ämtern zu übernehmen. Der Beirat der TalentAkademie entwarf den Lehrplan und wählte die Teilnehmer*innen unter vielen Bewerbungen aus. Die TalentAkademie startete am 5. Oktober 2020 mit einer fulminanten Eröffnungsveranstaltung in Beelitz. Ihr wird sicher im folgenden Jahrbuch ein gebührender Platz eingeräumt werden.

Beauftragte für die Europapolitik

Am 13. Januar 2020 beschloss der SPD-Landesvorstand, eine*n Beauftragte*n für die Europapolitik einzusetzen. Da Brandenburg nach der Europawahl vom Mai 2019 über keine*n sozialdemokratische*n Europaabgeordnete*n mehr verfügt, fehlte die beratene Stimme eines Mitgliedes des Europäischen Parlaments bei Veranstaltungen oder Berichten. Für das Amt wurde Maja Wallstein, Mitglied des Vorstands und Kandidatin für die Europawahl 2019, vorgeschlagen und gewählt. Ihren Bericht findet Ihr in diesem Jahrbuch ab Seite 78.



Energiewende-Kommission

In seiner Sitzung am 10. August 2020 beschloss der Landesvorstand auf Vorschlag und nach Vorbereitung von Ralf Holzschuher, eine Energiewende-Kommission einzusetzen. Die Kommission soll dem Landesvorstand Vorschläge unterbreiten, die Herausforderungen der Energiewende und des

Klimawandels zu gestalten und neue Chancen für Brandenburg daraus zu entwickeln. Sie soll auch die Öffentlichkeitsarbeit des Landesvorstands bei diesen Themen unterstützen und über ihre Aktivitäten berichten. Die Kommission ist als Gruppe parteiinterner Expert*innen angelegt, die bei ihren Sitzungen externen Sachverstand hinzuzieht.

Die SPD Brandenburg und die Covid-19-Pandemie

Mit dem März 2020 und den zunächst strengen Einschränkungen für Kontakte und Versammlungen kam das Parteileben, so wie wir es gewohnt sind, fast zum Erliegen. Parteitage, Ortsvereinsitzungen, ja sogar Vorstandssitzungen waren in der strengen Phase des Lockdowns nicht gestattet. Die SPD Brandenburg reagierte schnell und stellte den SPD-Gliederungen technische Hilfe zur Verfügung. So konnten (und können) die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen der SPD Brandenburg zum Beispiel Telefon- oder Videokonferenzen für Ortsvereine, Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften – oder für ihre Vorstände – anberaumen, die über entsprechende Links oder Zugangscodes einfach zu erreichen sind.

Der Parteivorstand erarbeitete rechtliche Hinweise zur Parteilarbeit während der Kontaktbeschränkungen, die den Parteigliederungen zugingen: Welche Beschlüsse sind im Umlaufverfahren oder bei einer Telefon-/Videokonferenz möglich? Was geschieht, wenn Fristen zur Vorstandswahl überschritten werden? Diese und andere Fragen werden detailliert geklärt (Zum Nachlesen: link.spd.de/virtuell).

Inzwischen wissen die meisten von uns nicht nur, was „Inzidenz“ meint und wie man den „R-Wert“ richtig einschätzt, sondern auch, wie man Telefon- und Videokonferenzen startet, wie man sich mit einem Ellenbogenstupsen die Hand gibt und welche Farbe bei einer Alltagsmaske einem am besten steht. Ja, unser Leben hat sich verändert, und mit diesen Veränderungen werden wir noch eine ganze Weile leben müssen. Aber sind wir mal ehrlich: Das Tragen einer Maske, das Händewaschen und das Abstandhalten sind als sinnvolle Vorsichtsmaßnahmen und als Zeichen der Solidarität keine Überforderung für die meisten von uns. Problematischer ist da schon die Frage, wie Bran-

SPD

STARK AUS DER KRISE

UNSERE **ERGEBNISSE** AUS DEM KOALITIONSAUSSCHUSS:

KINDERBONUS:
300€ PRO KIND

HILFE FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN

MEHRWERTSTEUER BIS ENDE DES JAHRES AUF 16% UND 5% GESENKT

denburgs Wirtschaft, das Gaststätten- und Hotelgewerbe, Tourismus, die Veranstaltungs- und Messe-Branche durch diese Pandemie und ihre Folgen kommen werden.

Sozialdemokrat*innen auf allen Ebenen arbeiten für ein Abfedern der negativen Auswirkungen der Coronakrise: Auf Bundesebene wurde das Kurzarbeitergeld erhöht und seine Auszahlung verlängert, groß angelegte Hilfsprogramme für die Kommunen, für Kunst und Kultur, für Familien, für Menschen mit Behinderungen, für Unternehmen, für Krankenhäuser und das Gesundheitswesen wurden in kurzer Zeit geschaffen.

Auch im Land Brandenburg ist viel geschehen, beginnend mit der Aufklärungskampagne über die Krankheit, Coronainformationen, Hotlines über die Arbeit der Gesundheitsämter bis zu Unterstützungsprogrammen für Unternehmen aller Größenordnungen, für freiberufliche Künstler*innen, Bildungseinrichtungen oder gemeinnützige Vereine – um nur einige der vielen Maßnahmen zu nennen.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind zum allergrößten Teil mit dem Krisenmanagement der Brandenburger Landesregierung zufrieden und würdigen die professionelle Arbeit unserer Minister*innen in dieser außergewöhnlichen Situation. Die Bürger*innen trugen und tagen im übrigen auch die Einschränkungen mit, die ihnen notwendigerweise auferlegt wurden. Nicht nur das, die SPD konnte in den Umfragen durch ihre konsequente Arbeit wieder deutlich an Zustimmung gewinnen.

30 Jahre SPD Brandenburg

Dietmar Woidke hat es im Vorwort bereits angesprochen: 2020 ist ein Jahr der Erinnerungen. Die deutsche Einheit, das Land Brandenburg und die SPD Brandenburg feiern ihr 30-jähriges Jubiläum. Wer von den Dreien ist am ältesten? Die SPD Brandenburg. Sie wurde bereits am 25./26. Mai 1990 in Kleinmachnow gegründet.

Um dieses Jubiläum gebührend zu feiern, hatten wir – selbstverständlich – noch bis zum Jahresanfang 2020 eine feierliche Veranstaltung geplant. Sie sollte in Kleinmachnow stattfinden. Als Gastredner*innen wünschten wir

uns viele der Frauen und Männer, die unsere Partei in den vergangenen Jahren begleitet und geprägt haben. Dann wurde klar, dass es eine solche Feier nicht geben konnte. Wir planten um und verlegten die Geburtstagsfeier der SPD Brandenburg in den virtuellen Raum, genauer gesagt auf www.30jahre-spd-brandenburg.de.

Eine Reise durch die Geschichte



30jahre-spd-brandenburg.de



In dieses Projekt floss viel Arbeit: Die Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle durchsuchten Archive und alte Fotosammlungen, besuchten Orte, an denen 1989/90 erste Parteigründungen stattgefunden hatten, führten Telefoninterviews und schrieben Texte. Medienagenturen erarbeiteten die interaktive Webseite und einen Film, der Bilder und Geschichten aus 30 sozialdemokratischen Jahren in Brandenburg zusammenfasste. Und natürlich konnten unsere Gäste gratulieren und sich mit ihrem Foto und ihrem eigenen Text ins Gästebuch der virtuellen Jubiläumsfeier eintragen, wovon auch reger Gebrauch gemacht wurde. Liebe Genossinnen und Genossen, schaut Euch doch die Webseite noch einmal in Ruhe an – es lohnt sich. Das Jubiläumsjahr 2020 geht nun, wenn dieses Jahrbuch erscheint, seinem Ende zu.

So schließt sich der Bogen der Erzählung. Dieses Jahrbuch beschreibt zwei Jahre, Ende 2018 bis Ende 2020, in denen wir an eine gewonnene Landtagswahl aber auch ein Land im Krisenmodus denken. Dreißig Jahre, 1990 bis 2020, mit sieben gewonnenen Landtagswahlen haben unser Land geprägt und stark gemacht. „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“ Das Bebel-Zitat passt gut in ein Jahrbuch an diesem historischen Punkt. Lasst uns Kraft und Wissen aus der Vergangenheit schöpfen, über Ziele und Visionen nachdenken und dann hinausgehen und die Zukunft gestalten!

Herzliche Grüße

Euer



Erik Stohn
Generalsekretär

Landesausschuss

BRANDENBURG

SPD

Der Brandenburger SPD-Landesausschuss besteht aus den gewählten Vertretern aller Unterbezirke entsprechend den SPD-Mitgliederzahlen. Die Anzahl der Mitglieder ist hierbei auf 45 begrenzt. Somit ist der Landesausschuss das repräsentative Vertretungsgremium aller Unterbezirke zwischen den SPD-Landesparteitagen. Satzungsgemäß tagt der SPD-Landesausschuss jährlich 4 Mal.

Zu den einzelnen Sitzungen des Landesausschusses wurden den Mitgliedern regelmäßig durch die Vertreter der Landesregierung, Landtagsfraktion und des Landesvorstandes Berichte über die Arbeit zum aktuellen politischen Geschehen gegeben und um direkte Nachfragen und Diskussionen ergänzt.

Eindeutig im Fokus des Superwahljahres 2019 standen die Vorbereitungen der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. Frühzeitig wurden hierbei einzelne Mitglieder der verschiedenen SPD-Gremien an der Organisation von Kampagnen, Strategien und möglichen Gestaltung von einheitlichen Wahlkampfmaterialien durch Bildung von Kommissionen beteiligt. Informationen zum aktuellen Stand wurden sukzessive auch dem SPD-Landesausschuss mitgeteilt und vorgestellt.

Gerade die Erfahrungsaustausche mit den Mitgliedern des Landesausschusses über die Organisation des Kommunal- und Europawahlkampfes und Dinge, welche nicht optimal liefen, konnten wertvolle Informationen und Hinweise liefern für den sich anschließenden Landtagswahlkampf. Zu diesem standen wir als Brandenburger Sozialdemokratie eng zusammen, glaubten an uns, das, was wir erreichten sowie unsere neuen Ideen für Brandenburg und unsere Kandidat*innen und konnten so einen schon fast verloren geglaubten Wahlkampf (mit Stimmenabgaben insbesondere an rechte Kräfte, wie die AfD) glücklicherweise für ein weiterhin sozialdemokratisch geprägtes Brandenburg gewinnen.

Am 01.03.2019 zur Sitzung des SPD-LA berichtete Katrin Lange als seinerzeitige Staatssekretärin des MIK darüber, dass Verbesserungen für die Polizei (Polizeigesetz), Berufsfeuerwehren, Kooperation mit Kommunen, Digitalisierungen beschlossen und Straßenbaubeiträge gem. KAG abgeschafft wurden. All das und noch viel mehr war nicht in allen Unterbezirken bekannt, so dass die Mitglieder des Landesausschusses ein Mal mehr darum baten, Beschlüsse und Informationen zur Stärkung der Kommunen und ihrer Belange durch die Landesregierung noch besser zu kommunizieren. Vielfach zieht gerade die AfD Profit aus dem fehlenden Informationsfluss und verwirrt bewusst die Bevölkerung mit Falschaussagen.

Daniel Rigot informierte als Landesgeschäftsführer über das für die Kommunal- und Europawahl geschaffene Druckportal, Wahlkampfzeitung, Veranstaltungsreihen und diverse weitere Organisationen im Zuge des Wahlkampfes.

Nachdem die SPD Brandenburg den Landtagswahlkampf erfolgreich gestalten konnte, aber sich die Mehrheitsverhältnisse verschoben, luden Landesgeschäftsführung und Landesvorstand neben anderen Gremienvertreter*innen auch die SPD-LA-Mitglieder persönlich zur Wahlauswertung und Abstimmung des weiteren Vorgehens ein. Nach vielseitigen Meinungsäußerungen in der Tagungsstätte UCI-Kinowelt Potsdam mit großer Beteiligung aus den SPD-Gremien wurden zunächst Gespräche mit allen demokratischen Parteien, so selbstverständlich nicht mit der AfD, beschlossen. Im Ergebnis kristallisierte sich die neue Regierungskonstellation unter Beteiligung von Bündnis 90/Grüne und CDU heraus.

Über die fortwährenden Entwicklungen auch zum Koalitionsvertrag informierten die Landesgeschäftsstelle und verschiedene Landesvorstandsmitglieder sowie der Landesvorsitzende die Mitglieder des SPD-LA. Einher mit der neuen Regierungsbildung gingen auch Umbesetzungen in den Ministerien und der Landtagsfraktion.

Zu den überwiesenen Anträgen des Landesparteitages wurde in Abstimmung zwischen dem Vorsitzenden des SPD-LA, Michael Klenke und dem brandenburgischen SPD-Generalsekretär, Erik Stohn, dem Landesausschuss und dem SPD-Landesvorstand die Bildung einer Kommission empfohlen,

um Vorlagen für den SPD-Landesvorstand und den SPD-Landesausschuss vorzubereiten. Insbesondere hatten die vom Landesparteitag überwiesenen Anträge vorgeschlagene Satzungsänderungen zum Inhalt.

Am 1. März 2020 wählte der SPD-LA seine 4 Mitglieder für die v. g. Kommission, musste diese jedoch wieder korrigieren, da diverse entsandte Mitglieder aus dem LA ausschieden.

So konnte die Kommission noch vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie tagen, jedoch weder dem SPD-Landesvorstand noch dem SPD-Landesausschuss die ersten Ergebnisse vorstellen, da weitere Treffen bisher nicht stattfinden durften. Demzufolge stimmten sich der SPD-Landesvorstand und der SPD-Landesausschuss ab, zum SPD-Landesparteitag 2020 keine Beschlussvorlage in Antragsform einreichen zu wollen, sondern diese weiter in der gebildeten Kommission vorzubereiten und dem Landesvorstand sowie Landesausschuss zunächst zur Behandlung zu übergeben.

Die Sitzungen des Landesausschusses waren auch in den letzten 2 Jahren von zahlreichen Wechseln der Delegierten aus den einzelnen Unterbezirken geprägt, da in den Unterbezirken die Wahlen der Delegierten nicht zu identischen Zeiten stattfinden. Die anwesenden Vertreter der Unterbezirke und insbesondere aus Landesvorstand, Landesregierung und Landtagsfraktion führten immer wieder interessante Debatten, welche die vielseitigen Situationen, Randbedingungen und Vorstellungen unseres sozialdemokratischen Handelns in großen Teilen des Landes Brandenburg widerspiegeln.

Zuletzt tagte der SPD-Landesausschuss erst wieder nach zwangsweise halbjähriger Corona-Pause im August 2020 via Telefonkonferenz. Da diese Kommunikationsmethode, auch mit Bildübertragung, eine sehr gute Möglichkeit des Informations- und Gedankenaustausches, insbesondere unter Corona-Beschränkungen, aber auch ohne große Fahrwege in Kauf zu nehmen, darstellt, hat der SPD-Landesausschuss die Landesgeschäftsführung einhellig gebeten, die digitale Kommunikationsform, auch unter Nutzung von Ton- und Bildübertragungen, auszubauen.

Ich danke allen Beteiligten sowie Anwesenden zu unseren Präsenz- und Onlinesitzungen und freue mich auf eine rege Teilnahme und weiterhin

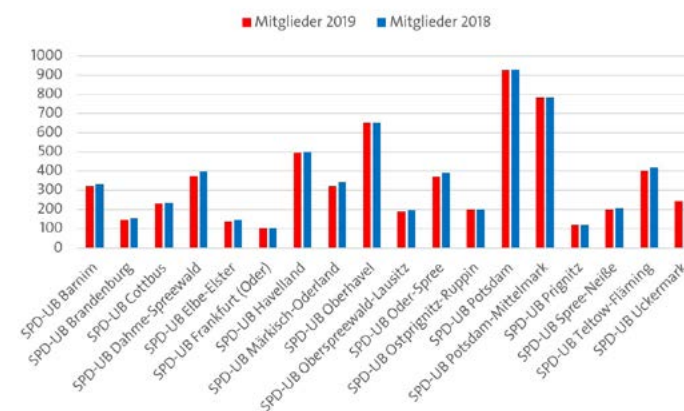
interessante Diskussionen und Willensbildungen sowie Beschlussfassungen im Landesausschuss der SPD Brandenburg.

Dr. Michael Klenke
Vorsitzender des SPD-Landesausschusses

Mitgliederbeauftragte



Gliederung	Mitglieder 2019	Mitglieder 2018
Barnim	320	333
Brandenburg an der Havel	148	155
Cottbus	232	234
Dahme-Spreewald	375	399
Elbe-Elster	138	148
Frankfurt (Oder)	103	103
Havelland	494	501
Märkisch-Oderland	322	343
Oberhavel	652	652
Oberspreewald-Lausitz	189	199
Oder-Spree	372	393
Ostprignitz-Ruppin	200	200
Potsdam	925	930
Potsdam-Mittelmark	782	783
Prignitz	122	121
Spree-Neiße	202	206
Teltow-Fläming	402	420
Uckermark	245	242



Meine Aufgabe als Mitgliederbeauftragte sehe ich als Teil meiner Vorstandsarbeit an. Ich möchte die Kontaktperson zwischen den Ebenen rund um die Mitgliederbetreuung und Ansprechpartnerin für die Mitglieder (nach den Gliederungen) sein. Auf Wunsch informiere ich euch in euren UBs oder OVs zum aktuellen Mitgliederstand. Ich schaffe Transparenz, durch meine regelmäßige Berichterstattung und koordiniere und bündele die Aktivitäten zu Werbung, Bindung und Mobilisierung unserer Mitglieder. Gern komme ich für Vorträge oder Diskussionen zu euch.



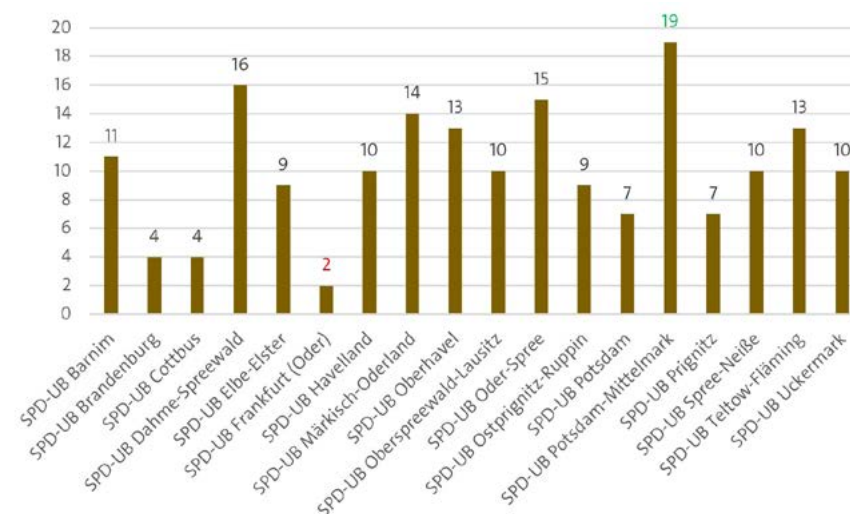
Auch im aktuellen Berichtsjahr war ich dafür viel unterwegs, darunter auf einer Bildungs- und Mitgliederbeauftragten-Konferenz in Hannover, bei einer Neumitgliederdiskussion mit Malu Dreyer und Lars Klingbeil in Berlin und in einigen Ortsvereinen bei uns in Brandenburg.

Im Folgenden findet ihr den Bericht zur Mitgliederentwicklung für den Berichtszeitraum 2018/2019. Für Rückfragen stehe ich euch gern unter maja.wallstein@spd.de zur Verfügung.

Struktureller Aufbau

Die SPD Brandenburg hat Ende 2019 18 Unterbezirke und 183 Ortsvereine als mitgliederführende Einheiten. Die Anzahl der Ortsvereine ist damit erneut gesunken (-2)

Der SPD-Unterbezirk Potsdam-Mittelmark hat mit 19 Ortsvereinen die meisten und der SPD-Unterbezirk Frankfurt (Oder) mit 2 Ortsvereinen die wenigsten Untergliederungen.



Mitgliederbestand – Mitgliederentwicklung

Am 31. Dezember 2019 hatte die SPD Brandenburg insgesamt **6.223 Mitglieder**. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Mitgliederzahlen um 2,18 % (139 Mitglieder) gesunken.

In 13 von 18 Unterbezirken hatten wir leider eine negative Mitgliederentwicklung. Die meisten Mitglieder verloren wir prozentual im Unterbezirk Elbe-Elster mit 6,76 %. In den SPD-Unterbezirken Frankfurt (Oder), Oberhavel und Ostprignitz-Ruppin konnten die Mitgliederbestände gehalten werden. In den SPD-Unterbezirken Prignitz und Uckermark waren geringe Mitgliederzuwächse zu verzeichnen.

Mitgliederstärkste Ortsvereine

Der SPD-Ortsverein Potsdam-Mitte/Nord ist mit 304 Mitglieder der mitgliederstärkste Ortsverein im Landesverband Brandenburg.

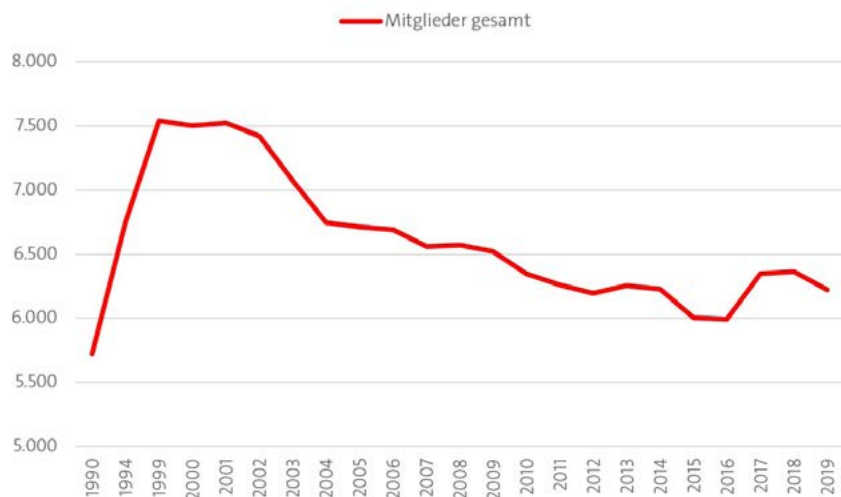
Rang	Ortsverein	Mitglieder
1	SPD-OV Potsdam-Mitte/Nord	304
2	SPD-OV Babelsberg	217
3	SPD-OV Falkensee	189
4	SPD-OV Kleinmachnow	144
5	SPD-OV Potsdam-West	136
6	SPD-OV Teltow	123
7	SPD-OV Hohen Neuendorf	119
8	SPD-OV Oranienburg	111
9	SPD-OV Potsdam-Süd	98
10	SPD-OV Werder (Havel)	86

Die durchschnittliche Anzahl der Mitglieder pro Ortsverein lag bei 34.

32 der 183 Ortsvereine hatten zehn oder weniger Mitglieder.

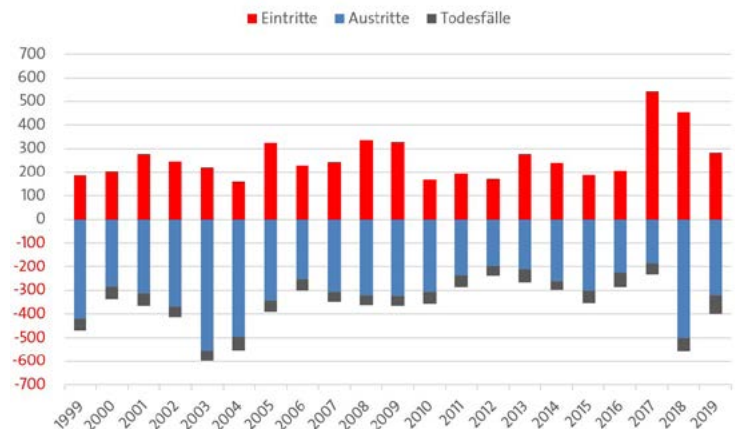
Vier Ortsvereine hatten fünf oder weniger Mitglieder.

Mitgliederentwicklung 1990 – 2019



Eintritte, Austritte und Todesfälle 1999 – 2019¹

Wir konnten im Jahr 2017 mit 542 die höchste Anzahl von Eintritten und die wenigsten Austritte in einem Jahr seit 1990 verzeichnen. Auch zu Beginn des Jahres 2018 entschieden sich viele Menschen, der SPD Brandenburg beizutreten. Betrachtet man die Jahre 2017 und 2018 zusammen, stellt man fest, dass wir deutlich weniger Austritte als Eintritte hatten und somit ein Mitgliederplus von 313 verbuchen konnten. Im Jahr 2019 stehen den 319 Austritten nur 284 Eintritte gegenüber. Besonders bedauerlich ist, dass sich die Anzahl Todesfälle im Jahr 2019 mit 80 in einem Jahr signifikant erhöht hat. In den Vorjahren lag die Zahl stets zwischen 40 und 62.



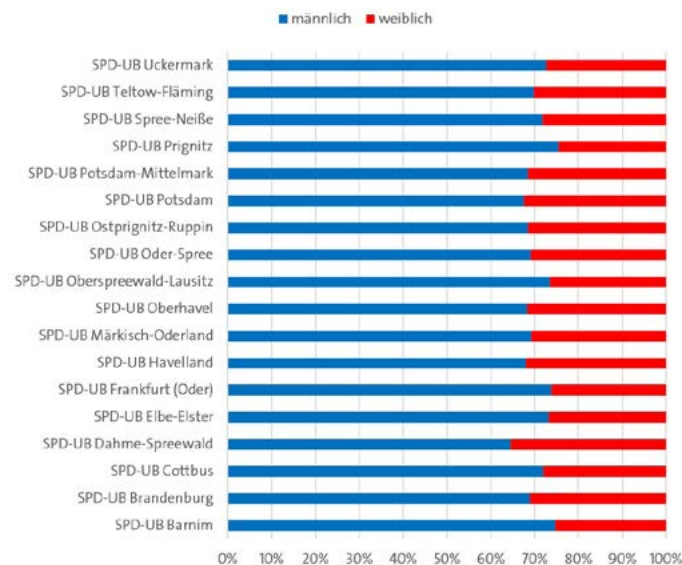
Mitgliederbestand nach Geschlecht

Der prozentuale Anteil an Frauen in der Mitgliedschaft stieg in den letz-

¹ **Eintritte** sind Erstaufnahmen bei Beitritt oder bei Wiedereintritt (z.B. nach Auslandsaufenthalt oder Austritt) oder wenn ein Nicht-Mitglied (z.B. Juso) oder ein Gast zum Mitglied wird. Gezählt werden auch diejenigen, die im Laufe des Jahres wieder austreten. Nicht gezählt werden Ummeldungen aus anderen oder in andere Landesverbände. **Austritte** sind nur explizite Austritte, nicht aber: unbekannt verzogen, Karteibereinigung, nicht mehr klärbarer Abgang, Ausschluss, Ausscheiden wegen Beitragsrückstand.

ten Jahren kontinuierlich an und lag zum 31. Dezember 2019 bei 30,58 % (1.903). 69,42 % (4.320) der Mitglieder waren Männer.

Der prozentuale Anteil an Frauen ist mit 35,47 % im Unterbezirk Dahme-Spreewald am höchsten, gefolgt von den Unterbezirken Potsdam und Havelland.



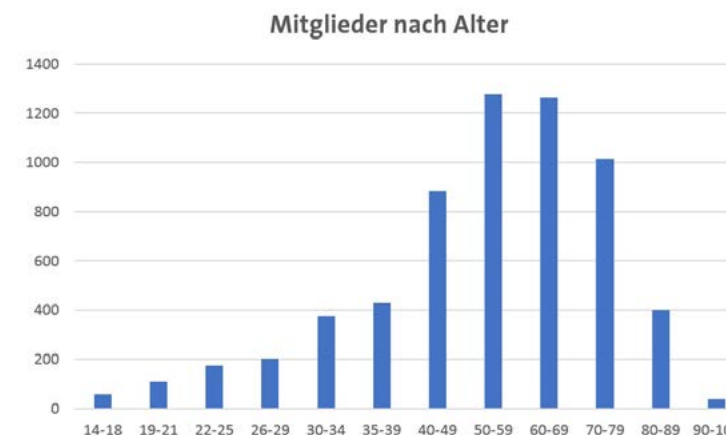
Mitgliederbestand mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit

Der prozentuale Anteil an Mitgliedern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit stieg ebenfalls in den letzten Jahren kontinuierlich an und lag zum 31. Dezember 2019 bei 0,84 % (52 Personen).

Mitgliederbestand nach Alter

Das Durchschnittsalter im Landesverband Brandenburg ergab zum Stichtag 56 Jahre und liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt der SPD. 21,60 % (1.344) der Mitglieder waren unter 35 Jahre alt. Der Anteil ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Gruppe der Mitglieder im Alter von 60 Jahren

und älter machte einen Anteil von 43,66 % (2.717) an der Gesamtmitgliedschaft aus.



Arbeitsgemeinschaften

Den Arbeitsgemeinschaften Jusos, 60 plus und ASF gehören alle Parteimitglieder an, die ihnen jeweils durch Alter oder Geschlecht zuzuordnen sind. Weiteren Arbeitsgemeinschaften gehören Parteimitglieder an, die durch die Angabe ihres Berufs zugeordnet werden können oder die selbst ihr Interesse bekundet haben. Deshalb: Meldet Euch bei Eurem Ortsverein, Unterbezirk oder beim Vorstand einer Arbeitsgemeinschaft, wenn Ihr Interesse an einer Mitarbeit habt.

Maja Wallstein

E-Mail: maja.wallstein@spd.de

Twitter: @Krawallstein

Facebook: www.facebook.com/Krawallstein

Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus



Dem im November 2018 gewählten Vorstand standen zwei außergewöhnliche Jahre bevor. 2019 waren mit Europa-, Landtags- und Kommunalwahl drei intensive Wahlauseinandersetzungen zu bestehen, für die alle Kräfte gebraucht wurden. Seniorinnen und Senioren der SPD engagierten sich



einmal mehr auf Landesebene und in den Ortsvereinen an den Informationsständen, beim Plakate hängen und in der Materialverteilung. In Wittstock, Eberswalde und Cottbus leistete SPD 60plus einen sichtbaren Beitrag, auch mit Unterstützung der Berliner Genossinnen und Genossen. Für die große Solidarität und ausgezeichnete Zusammenarbeit auch an dieser Stelle herzlichen Dank.

Den älteren Wähler*innen war schließlich zu verdanken, dass im Landtagswahlkampf die SPD noch einmal die Nase vorn hatte.

Wesentliche Forderungen von 60plus haben Eingang ins Landtagswahlprogramm und auch in den Koalitionsvertrag der Regierung aus SPD, CDU und Grünen gefunden. Der Forderung nach mehr Mitwirkungsrechten der älteren Menschen ist durch die Berufung eines Landesseniorenbeauftragten entsprochen worden, den SPD 60plus nach Möglichkeit in seinen Aufgaben

unterstützen wird. Gleichwertige Lebensverhältnisse werden von der Koalition als maßgebliches Ziel der Landesentwicklung bezeichnet, außerdem gibt es Zusagen zu Mobilität, insbesondere im ÖPNV. Auch dem Thema Altersarmut will sich die Koalition verstärkt widmen. Die Seniorinnen und Senior*innen begrüßen zudem die Vereinbarungen in Form des „Pakts für Pflege“ mit dem Förderprogramm für Kommunen. Hier hat sich auch die Mitarbeit von Vertretern 60plus in der Pflegekommission des Landesverbandes positiv ausgewirkt.

Nach einer ersten Veranstaltung bleibt es weiterhin das Ziel, die digitale Kompetenz der älteren Bürger*innen zu stärken. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist in Verbindung zu bleiben, sich am Bildschirm auszutauschen, wenn direkte Treffen mit den Angehörigen nicht möglich sind. Deshalb setzt sich SPD 60plus dafür ein, die Ausrüstung der Alten- und Pflegeheime mit Internet und WLAN für alle Bewohner*innen verbindlich vorzuschreiben. Bessere digitale Kenntnisse brauchen auch Senior*innen in der ehrenamtlichen politischen Arbeit, damit im Bedarfsfall auf Video-Konferenzen ausgewichen werden kann. Hieran werden wir zielstrebig weiterarbeiten.



SPD 60plus gibt es jetzt mehr als 25 Jahre in Brandenburg. Aus diesem Anlass lud der Landesvorstand zu einer Landeskonzferenz ein, bei der Lothar Binding, MdB, der Bundesvorsitzende der AG 60plus und Steffen Reiche, der erste Landesvorsitzende der SPD Brandenburg nach Wiedergründung sprachen. Außerdem wurden verdiente Mitglieder der SPD 60plus mit einer Dankurkunde gewürdigt.

Das denkwürdige Jahr 2019 brachte mit der Bundeskonferenz in Köln einen weiteren Höhepunkt.

Fast zwei Tage lang wurde um Inhalte und die Verabschiedung von Anträgen gestritten. Zudem standen die Neuwahlen des Bundesvorstandes auf dem Programm. Lothar Binding wurde als Vorsitzender wiedergewählt. Brandenburg ist jetzt erstmals mit Frank Kupferschmidt als einem Beisitzer in diesem Gremium vertreten. Martina Plischke wurde schließlich vom Bundesvorsitzenden mit einer Urkunde für besondere Verdienste geehrt. Sie war lange Jahre Mitglied des Bundesausschusses und hat sich dort durch ihre couragierte Vertretung ostdeutscher Interessen großes Ansehen erworben.



Aber SPD 60plus kann nicht nur Papiere verfassen und Wahlkampfstände betreuen, sondern auch feiern. Beim Familienfest der SPD im August 2019 waren wir mit einer Würfelolympiade und einem Fotoquiz am Start. Kinder erwürfelten sich süße oder andere Preise. Auch Dietmar Woidke besuchte

uns und würfelte – eine Sechs! Das schien uns damals ein gutes Omen für die Landtagswahl, was sich schließlich am 1. September auch bestätigte.

Voller Elan ging der Vorstand im folgenden Januar an die Arbeit am Jahresprogramm 2020. Ein Jahr ohne Wahlen sollte genügend Luft lassen für die programmatische Arbeit und die Stärkung der eigenen Strukturen auf Landesebene. Ein weiteres Treffen des Landesvorstandes 60plus gab es noch, dann aber kam die Corona-Pandemie mit ihren Einschränkungen, Vorstandssitzungen und öffentliche Veranstaltungen waren nicht mehr möglich. Viele vereinbarte Gespräche mussten abgesagt oder verschoben werden, so auch die geplante Zusammenarbeit der Seniorenorganisationen der Koalitionsparteien auf Landesebene. Nur über Telefon und Mail konnte SPD 60plus untereinander Kontakt halten. Mit einer Pressemitteilung versuchten wir deutlich zu machen, dass bei aller dankenswerten Solidarität und Hilfsbereitschaft die ältere Generation nicht nur als hauptsächliche Risikogruppe gesehen werden darf und dass sie sich ihre Selbständigkeit und Eigenverantwortung nicht nehmen lässt. Auch zum Ergebnis der Rentenkommission der Bundesregierung meldeten wir uns zu Wort.



Gerade dieses Thema beschäftigt die ältere Generation in Ostdeutschland besonders. Zwar ist der Fahrplan für die Ost-West-Rentenangleichung in Kraft und die Grundrente ist durchgesetzt, aber es gibt immer noch 17 Berufs- und Personengruppen, die durch die Rentenüberleitungsgesetzgebung benachteiligt sind. Für sie bemüht sich die SPD in Zusammenarbeit mit dem Arbeits- und Sozialminister eine Lösung zu finden.

Nach der heißen Coronavirus-Phase kommt auch die Arbeit von 60plus nur langsam wieder in Gang. Jetzt geht es darum, die Lehren aus dem Geschehenen zu ziehen, sich auf mögliche Wiederholungen solcher Lagen besser vorzubereiten, aber auch grundsätzlich über unseren Lebensstil nachzudenken und zu einer besseren Vereinbarkeit mit Natur und Umwelt zu kommen.

Wissenschaftler sprechen von einem Epochenbruch oder von Krisen, die als Schockelemente zu Lernprozessen führen. Es wird eine Transformation der Marktwirtschaft für notwendig gehalten, eine gerechtere Gesellschaft und ein nachhaltiges Wirtschaften.

Neben der vielerorts erfreulichen Solidarität, einer wertvollen und zu bewahrenden Erfahrung, hat die Krise auch eine neue Teilung der Gesellschaft bewirkt und alte Spaltungen sichtbar gemacht.

An den notwendigen Antworten auf diese Entwicklungen wird auch die SPD 60plus in Brandenburg in den kommenden Jahren mitarbeiten.

**Der Vorstand der
AG SPD 60plus Brandenburg
Alleestr. 9
14469 Potsdam
ag60plus@spd-brandenburg.de**

Jusos



Die Arbeit der Jusos Brandenburg ist jedes Jahr sehr vielfältig und von vielen unterschiedlichen Veranstaltungen geprägt. So konnten im Jahr 2018 gleich zwei internationale Fahrten, einmal nach Israel und einmal nach Brüssel absolviert werden, wo wir zahlreiche Eindrücke und Einblicke von unseren Partnern vor Ort bekommen konnten. Hinzu kommen noch die Landesdelegiertenkonferenz 2018 in Kemnitz und zwei Verbandswochenenden: Anfang Juli traditionell im Schloss Trebnitz und im Dezember in der Jugendherberge in Wannsee. Im März 2019 folgte die nächste LDK mit Vorstandswahlen. Dort konnte mit Rica Eller und Annemarie Wolff die erste weibliche Doppelspitze der Jusos gewählt werden.



Das restliche Jahr 2019 stand zunächst unter dem Vorzeichen der Europa-, den Kommunal- und der Landtagswahlen. In ganz Brandenburg haben Jusos im Mai 2019 für die SPD und nicht zuletzt für sich als Kandidierende im Kommunalwahlkampf gekämpft. Mit Erfolg, denn es sind so viele Jusos wie nie in den kommunalen Parlamenten in Brandenburg eingezogen. Auch im Europawahlkampf engagierten sich die Jusos tatkräftig. Höhepunkt dabei war das Public Viewing des ESC Songcontests am 18. Mai 2019, bei dem ca. 100 junge Menschen anwesend

waren. Direkt nach diesen Wahlkämpfen ging es für die die Brandenburger Jusos schon in die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes. Unter dem

Motto „meinBrandenburg“ haben wir eine eigene Jugendkampagne mit eigenem Layout und eigenem Material auf die Beine gestellt. Diese haben wir in zahlreichen eigenen Aktionen, unter anderem bei Festivals und bei Verteilungen zum Schulstart unter die Brandenburger Jugendlichen verteilt. Unser Landtagswahlkampf wurde mit einem Sit-in mit Kevin Kühnert und Britta Stark am Bernauer Steintor abgeschlossen. Dort waren etwa 80 Jugendliche und Erwachsene anwesend, die unkompliziert mit Kevin und Britta ins Gespräch kommen konnten.



Nach dem Landtagswahlkampf starteten wir unsere Kampagne gegen die rot-schwarz-grüne Koalition unter dem Motto „keenja zu Kenia“. Dank der Beteiligung der Juso-Landesvorsitzenden Annemarie Wolff an den Koalitionsverhandlungen konnte einiges von unseren Inhalten in den Koalitionsvertrag einfließen.

Ein weiteres großes Projekt neben den Wahlkämpfen im Jahr 2019 war die Fortführung „Ostvernetzung“ der Jusos. Bei regelmäßigen Treffen aller ostdeutschen Landesverbände haben wir ein gemeinsames Papier zum Thema Ostdeutschland entwickelt, welches beim Bundeskongress 2019 in Schwerin diskutiert wurde. Aber nicht nur in Ostdeutschland vernetzen sich die Jusos sondern auch bundesweit: so waren wir auch im Bund mit mehreren Delegationen vertreten, ob beim Linkswendekongress, zwei Bundeskongressen, dem Ideenlabor, den Unterbezirksvorsitzenden-, Auszubildenden

und Jugendkonferenzen oder auch bei diversen themenzentrierten Vernetzungen (Europa, BIPOC, Frauen* etc ...). Auch im Jahr 2019 wurden wieder zwei Verbandswochenenden durchgeführt: Anfang Juli traditionell in Trebnitz und im September in Wandlitz. Wichtig ist uns auch immer wieder zu betonen, dass die Arbeit der Jusos gemäß der Doppelstrategie seit über 50 Jahren nicht ausschließlich innerhalb des Verbandes oder der Partei stattfindet, sondern auch in Zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie Fridays for Future, #unteilbar, Aufstehen gegen Rassismus, Black Lives Matter, der Antifa oder diverser Willkommensinitiativen. Gerade 2019 und 2020 sind sehr viele unserer Mitglieder treibende Kraft in einem oder mehreren dieser Bündnisse gewesen und haben Proteste gegen die Klimapolitik, gegen die AfD oder gegen Rassismus mitorganisiert.



Im Oktober 2019 haben wir bei unserer Landesdelegiertenkonferenz in Potsdam einen neuen Landesvorstand gewählt. Die Landesspitze wird nunmehr von Antonia Müller und Lisa-Marie Pridik geleitet. Nach dem Anlaufen der rot-schwarz-grünen Koalition in Brandenburg haben wir Jusos einen engen Kontakt zur Jungen Union und der Grünen Jugend gesucht, was zumindest bei der Grünen Jugend auf fruchtbaren Boden fiel und mit der „Melonen Jugend“ seither eine feste Struktur des Austausches der Parteijugend

nach sich zog. Ein vom neuen Vorstand beschlossenes Arbeitsprogramm konnte bis auf einem Verbandstag im Februar nicht umgesetzt werden, weil die Corona-Krise dazwischen kam und auch wir zahlreiche Veranstaltungen ausfallen lassen mussten. Dennoch konnten mehrere Web-Seminare und Videokonferenzen mit einer guten Teilnehmendenanzahl während des Lock-downs und danach durchgeführt werden. Hierbei ging es um alle möglichen Themen: Bildung, Soziales oder Innenpolitik. Wir werden an Webformaten auch in der Zukunft festhalten. Erfreulich ist auch, dass die Vernetzung mit anderen Arbeitsgemeinschaften und AKs der SPD Brandenburg Anfang 2020 zum ersten gemeinsamen Neujahrsempfang geführt hat, der sehr gut besucht war. Ein besonderer Erfolg war nicht zuletzt, dass der Bundeskongress der Jusos nach Brandenburg geholt werden konnte. Er wird am 28. und 29. November 2020 in Potsdam stattfinden und soll auch daran erinnern, dass vor 30 Jahren die Vereinigung von Ost- und West-Jusos in Potsdam beschlossen wurde.

Der Vorstand der Jusos Brandenburg
jusos.bb@spd.de

**Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen (AfA)**



Rückblickend waren es zwei spannende Jahre in Brandenburg. Eingebettet in den Landeswahlkampf in 2019 konnten wir als AfA etliche Zeichen setzen, u.a. durch Veranstaltungen, an den Wahlständen und unsere regelmäßige Präsenz auf dem Sommerfest der Landes-SPD in 2018 und 2019. Wir stehen mit unseren Themen weiterhin für die Durchsetzung guter Arbeit in Brandenburg und für eine gerechte Arbeitswelt!

Der AfA Landesvorstand hat sich wieder etwas verändert. Nach dem Wechsel im Vorsitz im Jahr 2018 haben wir uns in diesem Jahr noch kurz vor dem Corona-Lockdown unseren langjährigen Schriftführer Reinhard Porazik in den AfA-Ruhestand verabschiedet. Ebenfalls nicht wieder angetreten sind Ina Muß und Hans-Joachim Müller.



Der Vorstand besteht heute aus elf engagierten Genoss*innen. Dies sind: Landesvorsitzender: Sebastian Rüter (UB Potsdam-Mittelmark), Stellv. Landesvorsitzende: Dr. Alexandra Blätsche (UB Potsdam) und Albrecht Gerber (UB Potsdam), Schriftführer: Peter Rother (UB Barnim) und unsere Beisitzer*innen Thomas Bachmann (UB Potsdam), Nico Faupel (UB Potsdam-Mittelmark), Barbara Hackenschmidt (UB Elbe-Elster), Petra Lietzau (UB Barnim), Alisa Prock (UB Potsdam), Elisa Rabe (UB Potsdam-Mittelmark)

und Gerd Rademacher (UB Oder-Spree). Elisa vertritt uns weiterhin als kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand der AfA. Der Bundeskongress in diesem Jahr ist, wie so vieles, ausgefallen und wird erst im April 2021 nachgeholt.



Unsere wichtige Veranstaltungsreihe „Schöne neue Arbeitswelt?!“ haben wir auch in den letzten beiden Jahren fortgesetzt. Wir haben mit dieser „Diskussionsplattform“ versucht auf aktuell, brennende Themen zu reagieren und dabei auch den Fokus daraufgelegt, außerhalb von Potsdam Veranstaltungen anzubieten. Ehrlicherweise muss man konstatieren, dass der Zulauf in Teltow und Hennigsdorf nicht so groß war, wie gewünscht. Konzeptionell müssen wir weiterdenken und daran arbeiten, wie AfA und ihre Themen im Außenraum für politische Interessierte besser wahrgenommen werden können.

Am 26. November 2018 haben wir uns bei einer spannenden Diskussionsrunde in Teltow mit der Situation der Beschäftigten in der Kinderbetreuung und mit neuen Modellen der Betreuung wie 24h-Kitas beschäftigt.

In der ersten Veranstaltung im Landtagswahljahr 2019 haben wir uns am

21. Mai 2019 in Hennigsdorf mit der Situation der Beschäftigten in der Pflege und hier besonders dem Aspekt der Leiharbeit in der Krankenpflege auseinandergesetzt. Die zweite Veranstaltung 2019 war eine Diskussions-



runde am 20. August in Bergholz-Rehbrücke mit unserem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zu vielen arbeitspolitischen Themen – besonders unter dem Eindruck der Landtagswahl im September 2019.

Natürlich haben wir uns auch an den

Veranstaltungen der SPD Brandenburg in den letzten zwei Jahren beteiligt. Mit unserer „AfA-Karriereleiter“ haben wir auf dem Sommerfest 2019 auf die unterschiedlichen Karrierechancen von Frauen und Männern in der heutigen Arbeitswelt und auf die immer noch vorherrschenden Rollenbilder in der Gesellschaft und in den Betrieben aufmerksam gemacht.

Wir haben uns aktiv inhaltlich in den Prozess zu unserem Landtagswahlprogramm 2019 eingemischt und konnten dort viel verankern. Einige unserer Forderungen haben es in den Koalitionsvertrag der neuen rot-schwarz-grünen Koalition für die 7. Legislaturperiode geschafft. Das Bündnis für „Gute Arbeit“ wird fortgesetzt. Damit besteht ein zentrales arbeitspolitisches Gremium, bei der die Landesregierung mit den Sozialpartnern intensiv an den wichtigen Themen zusammenarbeitet.



Besonders freut es uns natürlich, dass es unsere Forderung nach einem altersarmutsfesten Vergabemindestlohn in den Koalitionsvertrag geschafft hat. Nicht nur das, der Vergabemindestlohn ist bereits auf dem Weg und parlamentarisch verankert. Wir werden nun noch für eine starke Tarifbindung im neuen Vergabegesetz streiten. Brandenburg ist auf dem Weg ein äußerst attraktives Land für Ansiedlungen und Unternehmenserweiterungen zu werden (TESLA, BASF u.a.). Wichtig, dass der große Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen auch einhergeht mit einer guten Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Gute Tarifentlohnung, Weiterbildungsmöglichkeiten und faire Arbeitszeitregelungen sind wichtige Merkmale dafür. Für die Unternehmen muss klar sein, dass in Zeiten von Fachkräftemangel das Gebot „Gute Arbeit“ heißt und das die betriebliche Mitbestimmung und Tarifverträge (wieder) selbstverständlich sein müssen.

Im Ergebnis der Vorstandswahlen 2020 hat sich ein neuer Vorstand konstituiert. Es ist kontinuierliche Aufgabe neue Interessenten zu gewinnen bei der AfA mitzuwirken. Dabei müssen wir uns auch weiterentwickeln. So fehlt es in Brandenburg an einem Unterbau mit AfA-Strukturen in den Unterbezirken, von den Ortsvereinen ganz zu schweigen. Diese Strukturen können uns helfen die Probleme und Handlungsbedarfe der Arbeitnehmer*innen in allen Regionen und Branchen besser zu erkennen und in die Landesgremien zu transportieren. Hier müssen wir in Zukunft ansetzen. So planen wir einen stärkeren Fokus auf unsere Öffentlichkeitsarbeit setzen, ob durch unsere Homepage oder durch eine bessere Nutzung sozialer Medien. Diese Kommunikationskanäle können auch dazu beitragen, intensiver in den Kontakt mit Arbeitnehmer*innen zu treten.



Auch werden wir immer wieder die Gelegenheit nutzen mit den AfAs der anderen Bundesländer in den Austausch zu treten, hier zusammen an wichtigen, guten Anträgen an den Bundesvorstand zu arbeiten.

Neue Herausforderungen gab es auch für unseren AfA-Landesvorsitzenden. Sebastian Rüter wurde in den neuen Landtag gewählt. Er hat das Direktmandat in seinem Wahlkreis gewonnen und ist in unserer Landtagsfraktion für Arbeitsmarktpolitik zuständig. Damit haben wir ein Sprachrohr für unsere Themen – das wollen wir nutzen!

Wir werden auch in Zukunft die Fahne der organisierten Arbeitnehmerschaft hochhalten und das Bindeglied zwischen Gewerkschaften und der SPD bilden. Die SPD vertritt immer noch mit hoher Vehemenz die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am stärksten!

AfA Brandenburg
afa.bb@spd.de



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Frauen (ASF)



Hälfte / Hälfte mit voller Kraft in die Zukunft (2018 bis 2020)

„Nur wenn ausreichend Frauen an politischen Entscheidungen beteiligt sind, können auch ihre Interessen vertreten werden“ (Frauenpolitischer Rat).

Zum Landesparteitag am 17. November 2018 wurde das Verbot von sexistischer Werbung, 7 % Besteuerung auf Frauenhygieneartikel und verpflichtende gesetzliche Regelungen für Geschlechterparität auf den Wahllisten für die Kreis- und Landesparlamente beschlossen. Ein Grund zum Feiern für uns Antragstellerinnen der ASF!



Der Vorstand der ASF unterstützte seit 2018 die Anhörung zur „Parität“ im Landtag sowie den Frauenpolitischen Rat und zelebrierte das Jubiläum zum 100. Geburtstag zur Einführung des Frauenwahlrechts ab November 2018 inkl. eigenen Veranstaltungen u.a. im Frauenwahllokal.

Zusammen mit dem Frauenpolitischen Rat sowie vielen Akteurinnen haben wir im Januar 2019 begonnen unsere Forderung nach einem Paritätsgesetz

weiter umzusetzen. Im Frauenwahllokal wurde die erste Rede im Parlament verlesen und wir luden zahlreiche Genossinnen dazu ein. Es wurden Spickzettel zu Parität und dem Paritätsgesetz in der Politik verteilt sowie die Spielregeln erläutert, die sich in der Politik ändern müssen.

Denn am 31. Januar 2020 wurde das Paritätsgesetz im Landtag diskutiert. Zahlreiche Frauen nutzen im Vorfeld die Gelegenheit, um mit Forderungen auf die Diskussionen via Social Media aufmerksam zu machen. Um 14:03 Uhr stellte Britta Stark als Landtagspräsidentin die Frage „Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, bitte ich um sein Handzeichen.“ Das Paritätsgesetz wurde nach 100 Jahren Frauenwahlrecht beschlossen. Ein historischer Tag für die Gleichberechtigung und ein Zeichen, wie parteiübergreifende Arbeit funktionieren kann.



Das Jahr 2019 war ebenso DAS Wahljahr. Zusammen mit unserer ASF Bundesvorsitzenden Maria Noichel und unseren Generalsekretär Erik Stohn luden wir zur Veranstaltung „Kommt zusammen - Europa in Niedergörsdorf“ ein. Eingeladen waren u.a. Frauen aus der Verwaltung, Wirtschaft, Gesundheitswesen oder Vereinen. Wir haben über die Verantwortung gegenüber der Gleichberechtigung – von der Gemeinde bis nach Europa – gesprochen. Denn Feminismus, Parität, Demokratie in Europa und das

Engagement vor Ort sind nicht von der Hand zu weisende und wichtige Themen in unserer Arbeit!



Die ASF Konferenz im Frühjahr wurde unter dem Titel „Parität ein guter Anfang, es geht noch mehr“ geführt. Zusammen mit Susanne Feldkötter (Ver.di und Sprecherin im FÜR) sowie Dr. Uta Kletzing (FES und Sprecherin im FPR) referierten wir zusammen und gingen mit den Genossinnen in die Diskussion. Das Ergebnis war, die Genossinnen entscheiden selber über ihr Label und niemand sonst. Im anschließenden FrauenFrühlingsFest wurden die Diskussionen weitergeführt und auch der Mythos, dass es nicht genügend Frauen geben würde, wurde entkräftet.



Über 50 Frauen meldeten sich, um sich im Social Media Wahlkampf zu zeigen. Frauen die sich kommunalpolitisch engagieren, wurden von uns unterstützt. Wir waren vor Ort, haben Ihnen im Social-Media-Bereich eine Plattform gegeben und sie mental unterstützt. Ein gemeinsamer Weg wurde bestritten für #EinBrandenburg.

Weil ja bekanntlich nach der Wahl auch vor der Wahl ist, wurde die ASF Reihe „ASF meets...“ im Jahr 2019 etabliert. Zusammen mit den Politikerinnen vor Ort fanden u.a. Veranstaltungen in der Lausitz, in Teltow-Fläming und in Potsdam-Mittelmark statt. Wie sieht die Politik vor Ort aus? Was muss verbessert werden? Das was wir uns als Credo gesetzt hatten „Politik von Frauen für Frauen in Stadt und Land“ wurde umso mehr durch praktische Arbeit und vor Ort Terminen/Veranstaltungen gelebt.

Deswegen war es für uns ein MUSS, die WonderWomanLounge auch im Jahr 2018 vor der Landtagswahl erneut zu wiederholen. Denn wie kann man sich besser zur Wahl entscheiden, als die Kandidatinnen persönlich kennen zu lernen? Unserer Einladung „Kommt zusammen! Für EIN Brandenburg der Frauen!“ folgten viele Besucherinnen zum Familienfest der SPD Brandenburg. Noch im Jahr zuvor ein Geheimtipp und 2019 ein Hotspot der geballten Frauenpower, um Gespräche zu führen, Netzwerke auszubauen oder den Kandidatinnen für die Landtagswahl Fragen zu stellen.



Denn zur Landtagswahl war es ebenso ein Brandenburg der Frauen. 20 Direktkandidatinnen kämpften für Ein-Brandenburg und ihren Wahlkreis. Vor Ort im Straßenwahlkampf und im Bereich Social Media haben wir die Kandidatinnen unterstützt sowie vorgestellt. In den letzten Wochen vor der Wahl haben wir gezeigt, warum die Kandidatinnen ihren Wahlkreis im Landtag vertreten müssen.

Nach der Landtagswahl ging unsere Arbeit weiter. Wir haben weitere Kontakte zu Kriminologen, Frauenhäusern, Hebammen, ProFamilia geknüpft, um für 2020 vorbereitet zu sein und geschaut, in welchen Ebenen



wir etwas verändern können, um mehr Frauen für die SPD sowie der ASF zu begeistern. Gleichzeitig haben wir für die Koalitionsverhandlungen ein klares Bekenntnis zur Parität gefordert.

Die 7 % Besteuerung auf Frauenhygieneartikel wurde im Herbst 2019 beschlossen. Es zeigt Erfolg, dass dort wo sich Frauen zusammenschließen und Druck aufbauen, vieles erreichbar ist. Wir sind stolz, als ASF auch mit unseren Anträgen dazu beigetragen zu haben.

Die jährliche Fahnenaktion am 25. November am Regine-Hildebrandt-Haus war eine von weiteren Tätigkeiten der ASF. Die Aktion „Nein zu Gewalt an Frauen“ ist ein wichtiger Tag der Mahnung. Denn Gewalt an Frauen ist kein „Beziehungsdrama“, sondern auch Alltag in Brandenburg und muss aus dem Schatten der Privatsache in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

2019 war ein spannendes Jahr. 2020 sollte in die thematische Arbeit zurückgeführt werden, abseits von Wahlkämpfen. Dazu gehörte auch der 1. Geburtstag zum Paritätsgesetz. Zusammen beleuchteten wir die Rückblicke sowie die Ausblicke am 31. Januar 2020 im Landtag in Potsdam. „Statt Blumen und Präsente! Mehr Frauen in die Parlamente“ lautete die auch von uns unterstützte Forderung vom Deutschen Frauenrat. Denn 50 % Frauen in den Parlamenten ändern auch den Blickwinkel. Einen Blickwinkel der z.B. auf den Hebammenmangel schauen würde, über den wir unsere Bedenken intensiv in unseren Zuarbeiten zum Wahlprogramm sowie zum Koalitionsvertrag geäußert haben.

Denn vor allem Frauen erheben ihre Stimme zum Equal Care Day, zu One Billion Rising oder zum Familienleben der unsichtbaren Mütter. Und ob wir nun Blumen verteilen oder klatschen: Die Coronakrise ist ein feministisches Thema. Seit März 2020 wurde sichtbar, dass es mehrheitlich Frauen waren, denen neben bezahlter Pflegearbeit nun auch mehr Fürsorgearbeit aufgebürdet wurde. In der Krise halten nachweislich Frauen die Gesellschaft am Laufen.

Corona hat auch uns umdenken lassen. Wir konnten unsere Landesvorstandswahl nicht durchführen und haben uns schwerpunktmäßig in den Sitzungen via Videocall auseinandergesetzt. U.a. haben wir thematisch uns zum 1. Mai mit #DeinJobMeinRespekt zu Wort gemeldet.

Es ist ein langer Weg und die Arbeit der Frauen wird nicht aus Nettigkeit honoriert werden. Dies zeigt vor allem das Jahr 2020. Unsere Aufgabe als ASF Brandenburg ist es, den Finger in die Wunde zu legen und unserem Credo weiterhin gerecht zu werden: Von Frauen für Frauen von Stadt bis Land! Und wir werden diesen Weg weiter gehen. Es gibt viel zu tun!

Wir wollen für eine ASF stehen, die Frauen ihren Weg durch das von ihnen

bestimmte Leben von politischer Seite ermöglicht. Ob als Arbeitnehmerin oder Arbeitgeberin, als Wiedereinsteigerin, als Selbstständige, Aufsteigerin, Rentnerin, als Quereinsteigerin, als Familienpflegerin, ob als Künstlerin, Politikerin oder mit welchem Lebensplan auch immer.

Oder wie unser Landesvorsitzender sagte: “ Unsere Töchter brauchen Vorbilder. Deswegen: 50 % Frauen im Parlament “

Weil Politik – in den eigenen Reihen – umsetzen muss, was sie von anderen fordert!

Der Vorstand der ASF Brandenburg
asf.bb@spd.de

**Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Juristinnen und Juristen (ASJ)**



Arbeitsfeld der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen (ASJ) ist die Rechts- und Innenpolitik. Die ASJ verfolgt eine soziale, rechtsstaatliche und freiheitlich-liberale Rechtspolitik, die den Menschen in Brandenburg dient. Sie will den juristischen und rechtspolitischen Sachverstand ihrer Mitglieder für die SPD und ihrer Fraktion insbesondere durch beratende Stellungnahmen, konkrete Lösungs- und Regelungsvorschläge und Vorträge nutzbar machen. Die ASJ hat auf Landesebene insbesondere bei der Entwicklung eines Wahlprogrammes zur Landtagswahl beigetragen. Wesentliche, von der ASJ beigesteuerte Ziele im Bereich der Rechts-, Innen- und Justizpolitik wurden in den Koalitionsvertrag der nunmehr amtierenden Landesregierung übernommen. Hierzu zählt insbesondere die auf Antrag der ASJ in das Wahlprogramm aufgenommene Initiative auf personelle und sachliche Stärkung der Justiz im Lande Brandenburg. Es hatte sich nämlich herausgestellt, dass – schon aufgrund der Altersstruktur innerhalb der Gerichtsbarkeiten und bei der Staatsanwaltschaft – schnellstmöglich größere Einstellungskorridore erforderlich sind. Diesem Anliegen folgt die Landesregierung nunmehr.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- regelmäßige Landesvorstandssitzungen,
- Teilnahme an der ASJ-Bundeskonferenz und dem ASJ-Bundesausschuss durch die gewählten Delegierten,
- Organisation und Betreuung von ASJ-Ständen,
- beratende Teilnahme an den Sitzungen des Landesvorstandes und des Landesausschusses der SPD Brandenburg,
- eine Stellungnahme zur Reform des Polizeigesetzes bzw. des Verfassungsschutzgesetzes,

- aktive Begleitung des neuen Landesrichtergesetzes durch Stellungnahmen gegenüber dem Landtag,
- Befassung mit der Qualität der Jurist*innenausbildung in Brandenburg.

Steuer- und finanzpolitische (aber auch steuerrechtliche) Fragen konnten wir mit Lothar Binding, MdB, dem finanzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, besprechen.

Leider waren (auch) unsere Aktivitäten seit März 2020 beschränkt. Coronabedingt haben wir auf öffentliche Sitzungen verzichtet und stattdessen zunächst nur vorstandsinterne Telefon- und Videokonferenzen durchgeführt. Auch nachdem die Lage überschaubarer wurde, haben wir nur Vorstandssitzungen unter freiem Himmel oder in besonders gelüfteten Räumen durchgeführt.



Das obige Lichtbild wurde anlässlich unserer Vorstandsklausur im Oktober 2019 in Kyritz aufgenommen.

Der Vorstand konnte, obwohl dies beabsichtigt war, bisher coronabedingt noch nicht neu gewählt werden. Er besteht zurzeit aus Jörg Wagner (Vorsitzender), Sigrid Krämer, Volker Brinkhoff, Marcel Schulz, Dietlind Biesterfeld und Liane Wöllner (Stellvertreter*innen) sowie Carsten Diekmann, Anja Häublein, Ralf Holzschuher, Dr. Thorsten Jobs und Rachil Rowald (Beisitzer*innen).

Die ASJ arbeitet in Brandenburg schwerpunktmäßig auf Landesebene, die Mitarbeit steht allen rechtspolitisch Interessierten in Brandenburg offen.

Der ASJ-Landesvorstand, Oktober 2020

<http://asj-brandenburg.info>

asj.bb@spd.de

SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung



Die Arbeit der SPDqueer Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung konzentrierte sich in der vergangenen Wahlperiode auf vier Hauptanliegen: Sichtbarkeit innerhalb der SPD und durch die Brandenburger Bevölkerung. Begleitung des vom Landtag beschlossenen Landesaktionsplans Queeres Brandenburg.

Gemeinsame Kommunikation innerhalb der LSBTTIQ*-Szene in Brandenburg und innerhalb der queerpolitischen Arbeitsgruppen der demokratischen Parteien. Enge Vernetzung zu Abgeordneten und politischen Gremien.



Eine wahrnehmbare Präsenz innerhalb der SPD war hilfreich, um Berührungspunkte zu queerpolitischen Themen auszuräumen und einen Gesprächsbedarf innerhalb der ländlichen Bevölkerung zu verdeutlichen. So waren wir unter anderem in den Ortsvereinen der Unterbezirke Cottbus, Havelland, Oberhavel und Prignitz zu Gast, um auf Versammlungen über unsere Arbeit zu berichten und die

Gliederungen an Informationsständen, wie in Nauen und Wustermark, zu unterstützen. Sowohl im Landesvorstand als auch auf Parteitagen waren wir deutlich wahrzunehmen. Daran werden wir in der neuen Wahlperiode anknüpfen. Außerhalb der SPD begegnete man uns auf Straßenfesten und auf den Christopher-Street-Days in Falkensee, Potsdam, Cottbus und

außerhalb von Brandenburg. Eine erfolgreiche Pressearbeit unserer AG und verstärkte Social-Media-Auftritte der Landesgeschäftsstelle zu queeren Themen ergänzte unser positives Außenbild.



Den Landesaktionsplan Queeres Brandenburg begleiten wir konstruktiv. Auf Beteiligungsworkshops und mit den Mitarbeitenden der zuständigen Ministerien konnten wir Verbesserungen queerer Angebote in Brandenburg erreichen. Auch hier werden wir die Evaluation kritisch begleiten und uns entsprechend positionieren. Die SPDqueer organisierte Podiumsveranstaltungen zu den Themen „Ehe für alle – was folgt jetzt“ in Cottbus und „Trans* in der Arbeitswelt“ in Potsdam und lud hierzu unter anderem die Landesgleichstellungsbeauftragte, Vertreter*innen anderer Parteien und der Gewerkschaften ein. Die Verbesserung der lesbischen Sichtbarkeit und der Trans*-Menschen in Brandenburg ist unverändert ein wichtiges Anliegen für die SPDqueer.



Ein wesentliches Ziel für einen Abbau der Diskriminierung von LSBTTI-Q*-Menschen in Brandenburg ist die enge Vernetzung mit queerpolitischen Arbeitsgemeinschaften anderer Parteien. Hier konnten wir bei den Koalitionsverhandlungen gemeinsame Forderungen erarbeiten, die dann von den unterschiedlichen Verhandelnden in den Koalitionsvertrag eingeflossen sind. Das Ergebnis ist eine gute Grundlage für die politische Arbeit geworden. Unser Angebot zur Zusammenarbeit besteht für sämtliche demokratische organisierte Vereinen und Nichtregierungsorganisationen, die sich ernsthaft um queere Themen in Brandenburg bemühen. Zahlreiche Organisationen nehmen dieses Angebot an.

Wichtig ist uns neben erfolgreicher Antragstellung in den Gremien der SPD eine Zusammenarbeit mit Abgeordneten und Gremien. So freuen wir uns, dass die SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg auf unseren Antrag hin



erstmalig einen queerpolitischen Sprecher beauftragt hat. Das verdeutlicht, dass Queerpolitik sämtliche politischen Bereiche betrifft und nicht auf Soziales und Gleichstellung reduziert werden kann. Wir begleiten und beraten Kreistagsfraktionen, Gemeindevertretungen und

Stadtverordnete zu queerpolitischen Themen und sind dann auch persönlich Abstimmungen in diesen Gremien vor Ort wie in Cottbus, Oberkrämer und dem Kreistag Oberhavel.

In der neuen Wahlperiode werden wir diesen Weg fortsetzen und uns insbesondere die Themenbereiche queere Geflüchtete, Transsexuellengesetz, Ergänzung des Artikel 3 GG um den Begriff der sexuellen Identität auf die Agenda nehmen. Auch innerhalb der SPD Brandenburg wird man uns noch häufiger und intensiver wahrnehmen. Darauf freuen wir uns.

Marcel Klose
Landesvorsitzender
SPDqueer Brandenburg
AG für Akzeptanz und Gleichstellung
E-Mail: mail@spdqueer-brandenburg.de
Internet: www.spdqueer-brandenburg.de

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten*innen im Gesundheitswesen



Sie ist die älteste (1913 gegründet) Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD. In Brandenburg ist sie seit ihrer Gründung im Jahr 2018 die Jüngste von insgesamt neun Arbeitsgemeinschaften im Landesverband. Eine schlagkräftige Mannschaft aus Sozialdemokraten*innen des Gesundheitswesens hat sich mit ihrer Landesvorsitzenden Britta Müller auf den Weg gemacht, sich für ein solidarisches Gesundheitswesen und gesundheitliche Chancengleichheit in der Versorgung von Jung & Alt – in Stadt & Land, einzusetzen.

Unser Ansatz: Gesundheitsversorgung vom Patienten her denken. Eine Versorgung, die an den Bedarfen der Patienten orientiert und einen Mehrwert für diese schafft- über Grenzen im Versorgungssystem hinweg!



Besuch der Immanuel
Klinik Rüdersdorf



Bild: Themenbezogene Mitgliederveranstaltung im Juni 2019. Besuch der Immanuel Klinik Rüdersdorf. (eigene Bildquelle).

Themenbezogene Veranstaltungen, Besuche von Einrichtungen und der intensive Austausch mit den Beteiligten an der Versorgung unterstützen die Mitglieder der ASG, den Herausforderungen im Gesundheitswesens auf den Zahn zu fühlen.



Bild: ASG Gesundheits-Check auf dem SPD- Sommerfest 2019 (Bildquelle: SPD Brandenburg).

Ganz unserem Ansatz folgend – *Gesundheitsversorgung vom Patienten her denken* – sind wir im Land bei verschiedenen Gelegenheiten und SPD-Veranstaltungen mit unserem Gesundheitscheck unterwegs. Er bietet einen leichten Zugang, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Neben allgemeinen Gesundheitsfragen, dem messen von Vitalparametern wie z.B. Blutdruck oder der Sauerstoffsättigung, gibt es dabei von unseren Ärzt*innen auch Tipps für eine gesunde Ernährung.

Der Vorstand der ASG Brandenburg
asg.bb@spd.de

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD



Der Landesvorstand der AG Selbst Aktiv führte regelmäßig seine Vorstandssitzung durch. Er nahm an den Beratungen des Landesvorstandes, Landesausschusses und der Arbeitskreise teil.

Zum Landesparteitag im November 2018 brachte die AG Selbst Aktiv zusammen mit der AG 60plus Anträge zu folgenden Themen ein.



Holger Dreher (rechts) zu Gast bei der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Welttag der Menschen mit Behinderungen.

- Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen
- Vertretung der Menschen mit Behinderungen im Rundfunkrat des rbb

- Barrierefreier ÖPNV in Brandenburg
- Rücksichtnahme-Kampagne

Einen großen Teil der Aktivitäten 2019 galten dem Wahlkampf zur Kommunal- und Landtagswahl. Inhalte die wir als AG Selbst Aktiv im Wahlprogramm der SPD Brandenburg eingebracht haben, fanden sich auch im Koalitionsvertrag wieder.

Unter anderem diese Themen:

- Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Land Brandenburg
- Barrierefreiheit
- Gemeinsames Lernen, inklusive Ausbildung und Arbeitsmarkt
- Digitalisierung
- Selbstbestimmt alt werden im Land Brandenburg
- Teilhabe in den Kommunen stärken

Turnusmäßig fand im April 2019 im Willy-Brandt-Haus Berlin die Bundeskonferenz der AG Selbst Aktiv statt. Dort wurde auch der Bundesvorstand neu gewählt.

Mit der AG 60plus hatten wir gemeinsam einen Stand zum Familienfest der SPD Brandenburg im August 2019 in Potsdam.

Ein Höhepunkt war die Teilnahme und Mitwirkung an einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese fand anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2019 in Potsdam statt. Es ging um das Thema „Persönliches Budget“.

Am 24. Februar 2020 verstarb unserer Genosse Hans-Joachim Trapp. Er gehörte über mehrere Wahlperioden dem Landesvorstand der AG Selbst Aktiv an.

Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Das Corona-Virus bzw. Covid-19 haben ab März 2020 vieles in unserer Arbeit und im alltäglichen Leben verändert. So hatten wir die letzte Landesvorstandssitzung mit Präsenz im Februar 2020.

Unsere geplante Landeskonzferenz mit Neuwahlen des Vorstandes im Juni 2020 mussten wir bis April 2021 verschieben. Unsere erste Sitzung wieder mit Präsenz fand im September 2020 statt.

Vor allem ältere und vorerkrankte Menschen sind besonders gefährdet. Ihnen wird dringend empfohlen, größere Menschenansammlungen zu meiden, um einer Ansteckungsgefahr zu entgehen. Dies gilt es, gerade für uns Mitglieder der AG Selbst Aktiv, in unserer Arbeit verantwortungsvoll zu beachten.

Es kommt jetzt darauf an, zusammenzustehen, Solidarität zu üben und aufeinander zu achten. Lasst uns den langen und langsamen Weg zur Normalisierung gemeinsam gehen und uns alle auf unsere Gesundheit achten.

Holger Dreher
Landesvorsitzender
der AG SelbstAktiv
selbstaktiv.bb@spd.de



Hans-Joachim Trapp
28.11.1943–24.02.2020

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

BRANDENBURG

SPD

AfB

Im Dezember 2018 wurde der neue Vorstand der AfB gewählt. Hier startete die AfB nach langer Pause mit einer Fachkonferenz „Gute Kita in Brandenburg“. Unsere langjährige Vorsitzende Manja Schüle hat sich in Ihrem Wahlkreis immer mehr auf die Arbeit im Deutschen Bundestag konzentrieren müssen. Sie hat 2017 das einzige SPD-Direktmandat in einem ostdeutschen Flächenland für den Bundestag geholt und ist seit November 2019 unsere Wissenschaftsministerin.

Den neuen Vorsitz übernahm Torsten Tappert. Der neu gewählte Vorstand konzentrierte sich in den folgenden Wochen darauf, die Themengebiete Lehrkräftegewinnung, Bildung in der digitalen Welt und die Kitapolitik anzugehen, sowie die Anpassung der Bildungspolitik an aktuelle Herausforderungen. Unsere Vorstandsmitglieder haben zahlreiche Funktionen in den unterschiedlichen Bereichen der Bildung. Von der Arbeit im Landeselternrat über Funktionen im Bildungsbereich bis zum Bundesvorstand der AfB sind wir vertreten. Prof. Dr. Frauke Hildebrandt wurde für die Funktion der stellv. Bundesvorsitzenden nominiert und auf der Bundeskonferenz gewählt. Damit hatte nach Angelika Heinlein wieder eine Brandenburgerin diese Funktion inne. Aus diesen Gremien sind zahlreiche praxisrelevante Positionen in unsere Arbeit eingeflossen.

Mit unserer Ministerin Britta Ernst haben wir uns in einer angenehmen Gesprächsatmosphäre 2019 über Zukunftsperspektiven im Rahmen der Digitalisierung ausgetauscht: Auflösen des Kohortendenkens, Freisetzen von Ressourcen (Unterrichtszeit), Standardisierung in der Ausstattung, Anwendung, Fortbildung, Breitbandnetz. Weitere Themen waren die Zukunft der Schulentwicklung, die Demografie, Lehrer*innen als Lernbegleiter*innen, die Ganztageserziehung: Horterzieher*innen in den Landesdienst und die Lehrer*innenausbildung an der BTU Cottbus.

In den Monaten vor der Landtagswahl in Brandenburg haben wir vielen Menschen unser sozialdemokratisches Bildungsverständnis und die daraus

resultierende sozialdemokratische Bildungspolitik nähergebracht und so zum Erfolg unserer SPD in Brandenburg beigetragen. Die Teilnahme am Familienfest und die Vor-Ort-Beteiligungen an den Wahlkämpfen auf kommunaler-, Europa- und Landesebene sind dabei nur einige Beispiele.



Beim Familienfest der SPD Brandenburg 2019 war die Afb mit einem Stand vertreten.

Das Jahr 2020 hat unsere Vorstandsarbeit auf völlig neue Ebenen gehoben. Wir mussten durch die Coronapandemie zahlreiche Videokonferenzen durchführen und leider auch einige direkte Gesprächsrunden mit Experten absagen.

Wir freuen uns, dass unser Kandidat für die TalentAkademie, Martin Höntschi, in den Teilnehmer*innenkreis aufgenommen wurde.

Im zweiten Halbjahr 2020 haben wir uns mit folgenden Themen befasst:

- Verteilschlüssel von Seiteneinsteigern
- Unterstützung von Schulen in sozialen Brennpunkten
- Funktionsstellen für Fachkonferenzen
- Qualitätssicherung des Vorbereitungsdienstes
- Steigerung der Attraktivität des Schulaufsichtsdienstes

Dazu haben wir wichtige Anträge zum Landesparteitag gestellt.

Frau Dr. Katrin Düring wird als Kandidatin zum stellvertretende Bundesvorsitz nominiert.

Unsere nächste Landeskongress wurde auf das Frühjahr 2021 verlegt, da sehr viele Mitglieder daran teilnehmen wollen.

Der Vorstand der AfB Brandenburg
afb.bb@spd.de

Wissenschaftsforum



Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e. V. setzt sich für den Aufbau und Ausbau leistungsfähiger und ausreichend finanzierter Wissenschaftseinrichtungen in den drei Bundesländern ein.

Wir sind überzeugt:

- Wissenschaftseinrichtungen sind unverzichtbare Voraussetzungen für die Wirtschafts-, Infrastruktur- und Regionalentwicklung sowie für die Förderung des kulturellen Lebens.
- Hochschulen sichern einem immer größer werdenden Anteil der jungen Menschen Qualifizierungsmöglichkeiten und tragen auf diese Weise dazu bei, das Grund- und Menschenrecht auf Bildung zu realisieren.
- Die Förderung und der Ausbau der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind wesentliche Elemente einer modernen Infrastrukturpolitik.
- Eine offene und demokratische Gesellschaft braucht freie Wissenschaft und Forschung.
- Für die Lösung unserer sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen – in der Welt, in Europa und in unserem Land – brauchen wir ein international konkurrenzfähiges und leistungsfähiges Wissenschafts- und Forschungssystem.

Die hauptsächlichen Tätigkeitsbereiche des Wissenschaftsforums im Berichtszeitraum liegen in der Information der Mitglieder und interessierter Personen, in der Vernetzung mit Akteuren der Themenfelder des Wissenschaftsforums, sowie der Entwicklung und Organisation von Veranstaltungsformaten.

„Das schönste Denkmal, was ein Mensch bekommen kann, steht im Herzen der Mitmenschen.“ (Albert Schweitzer)



Am 23.04.2019 ist plötzlich und unerwartet unser langjähriger Vorsitzender und Freund, Klaus Faber von uns gegangen. Wir trauern um einen unermüdlischen Kämpfer für die Wissenschaft und Forschung, gegen Antisemitismus und Diskriminierung in Deutschland. Sein lebenslanges Wirken hat unauslöschbare Spuren hinterlassen.

In der Folge hat das Wissenschaftsforum am 7. Oktober 2019 einen neuen Vorstand gewählt.

Ihm gehören an:

Vorsitzende: Maja Wallstein (BB)

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Ina Czyborra, MdA (B)

Stellvertretender Vorsitzender: Prof. Dr. Robert Northoff (MV)

Schatzmeister: Ingo Koschenz (BB)

Beisitzer und Schriftführer: Justus Lindl (BB)

Beisitzer: Volker Bley (B)

Der Vorstand des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e. V.
wissenschaftsforum-brbbmv@spd.de
<https://forscher.de/regional/berlin-bb-mvp>

Europabeauftragte der SPD Brandenburg



Brandenburg in Europa – Europawahl 2019

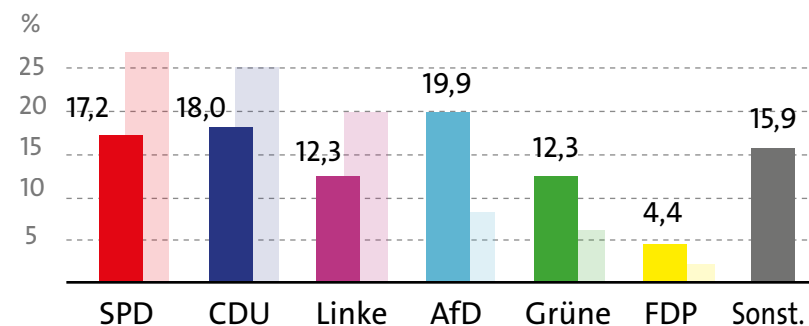
Wir brauchen ein bürgernahes Europa, einen europäischen Mindestlohn, eine europäische Sozialversicherung, eine gerechte Steuerpolitik und echte Gleichstellung. Wir können grenzüberschreitende Herausforderungen wie Verbraucherschutz, Umweltschutz und die Klimakrise in Europa nur gemeinsam als Europäische Union erfolgreich angehen. Mit diesen Forderungen sind wir als SPD Brandenburg in den Europawahlkampf 2019 gezogen.

Wir haben an allen Ecken und Enden des Landes für ein solidarisches Europa geworben und im Wahlkampf viele Gespräche geführt: auf Podiumsdiskussionen, bei Europafesten, in Schulklassen, auf Marktplätzen, im Radio, im Fernsehen und an Gartenzäunen.

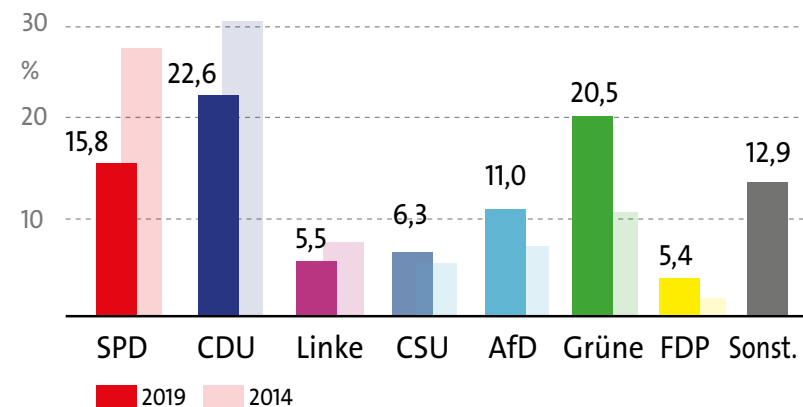


Das Ergebnis der Europawahl vom 26. Mai 2019 kann uns nicht glücklich machen, auch wenn wir als SPD Brandenburg im Vergleich zum Bundeschnitt der SPD besser abgeschnitten haben. Dass jedoch europafeindliche Rechtspopulisten in Brandenburg stärkste Kraft wurden, schmerzt sehr.

Europawahl 2019, Brandenburg



Europawahl 2019, Deutschland



Als SPD Brandenburg sind wir erstmals nicht im Europaparlament vertreten. Uns vertritt dort die Berliner Europaabgeordnete Gaby Bischoff.



Umso wichtiger ist es, dass wir nicht nachlassen für eine stärkere Sozialdemokratie in Europa zu kämpfen und zu erklären:

Wir in Brandenburg brauchen Europa.

- Brandenburg ist nur eine kleine Region in Europa: Brandenburgs Bevölkerung macht 0,47 Prozent der europäischen Bevölkerung aus. Wer viel in Brandenburg unterwegs ist, kann auch Europa sehen.
- Ganze Straßen und Innenstädte wurden in Brandenburg finanziert durch EU-Mittel. Über 100 Millionen Euro hat die EU allein in Potsdam seit der Wende in die Innenstadt investiert.

- Der Erhalt und die Wiederbelebung von Dorfläden finanziert aus ELER-Mitteln oder auch die Unterstützung der Brandenburgischen Landwirtschaft.
- Der Lotsendienst in Teltow-Fläming, für Menschen, die zum Beispiel nach der Erziehung ihrer Kinder den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen wollen und dafür Unterstützung brauchen.
- Die Integration und Eingliederung sozial benachteiligter Jugendlicher in die Ausbildungs- und Arbeitswelt in Elbe-Elster; beides finanziert durch ESF-Fördermittel
- Brandenburgs Wirtschaft lebt vom Mittelstand und da ist es gut und wichtig, dass z.B. in Neuruppin EFRE Fördermittel bei Mittelständlern ankommen.



Aber es geht nicht nur ums Geld. Dank der EU stehen wir nicht mehr stundenlang an der Grenze, müssen nicht zahlreiche Währungen wechseln im Urlaub, können überall in Europa arbeiten, zahlen keine Roaming-Gebühren innerhalb der EU, haben Freundinnen und Freunde in ganz Europa und stehen unter dem Schutz der Europäischen Union, wenn es um unsere Rechte geht.

Europa braucht Brandenburg

- Unser Brandenburg ist ländlicher Raum und gleichzeitig Metropolregion. Damit entspricht es vielen Regionen in Europa. Gemeinsame Erfahrungen und Austausch sind wichtig und machen alle stärker.
- Unser Brandenburg hat die längste Grenze mit Polen. Damit sind wir wichtiger Nachbar eines der größten osteuropäischen Länder.

- Unser Brandenburg ist zentral für das europäische Verkehrsnetz, weil wir praktisch im Herzen Europas liegen.
- Aber Europa braucht gerade uns als Menschen! Wir bringen unsere ganz besonderen Erfahrungen in dieses tolle Friedensprojekt ein und bereichern damit die Europäische Union.

Maja Wallstein

*Europakandidatin der SPD Brandenburg 2019
und Europabeauftragte der SPD Brandenburg*

**Landesgruppe Brandenburg
in der SPD-Bundestagsfraktion**

SPD
Fraktion im Bundestag

Die Landesgruppe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion hat sich in den beiden zurückliegenden Jahren unter anderem darauf konzentriert, den geschlossenen Koalitionsvertrag im Sinne der Brandenburgischen Interessen umzusetzen. Hierzu gab es regelmäßige Gespräche und Abstimmungen mit Vertretern der Brandenburgischen Staatskanzlei, der Landespartei in Potsdam sowie mit den SPD-Landtagsabgeordneten. Ergänzend fanden Fachgespräche im Bereich Verkehr, Soziales und mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Dr. Roland Jahn, statt. Auf aktuelle Entwicklungen im Rahmen der Fördermittelvergabe haben wir proaktiv agiert und somit für eine positive Entwicklung gesorgt.



Mitglieder der Landesgruppe Brandenburg im Gespräch mit Herrn Dr. Jens Katzek (Geschäftsführer ACOD GmbH, links) und Herr Harald Bleimeister (Vorstandsvorsitzender automotive BerlinBrandenburg e.V., rechts)

Auch die Landtagswahlen 2019 haben die Abgeordneten der Landesgruppe lebhaft unterstützt. Und so kam es auch zu einer personellen Veränderung. Nachdem die SPD Brandenburg die Wahl gewonnen hatte, rückte Sylvia Lehmann am 3. Dezember 2019 für Dr. Manja Schüle als neue Wissenschaftsministerin im Land Brandenburg in den Bundestag nach. Sylvia ist Mitglied des Innenausschusses, der AG Migration und Integration, des Parlamentarischen Beirates der Stiftung des Sorbischen Volkes und des Beratenden Ausschusses für das Sorbische Volk. Als Berichterstatterin für Minderheitenfragen freut es die Bundestagsabgeordnete sehr, dass sie in kurzer Zeit einen Beitrag zum Strukturstärkungsgesetz leisten konnte: Sie vermochte die Genoss*innen davon zu überzeugen, mit dem Passus § 17 Nr. 31 sorbische Interessen im Gesetz zu berücksichtigen.

Sylvia Lehmann erhält zudem positive Rückmeldungen auf ihre Initiative, die Eröffnung der ersten gemeinsamen Wanderausstellung der autochthonen Minderheiten nach Brandenburg und in die Landesvertretung zu holen.

Stefan Zierke hat als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilienministerium seine Schwerpunkte in Bereichen Demokratie, Ehrenamt und Wohlfahrtspflege. So konnte er dabei mithelfen, die 30 Mehrgenerationenhäuser im Land Brandenburg mit über 3,4 Millionen Euro zu unterstützen und den Bundesfreiwilligendienst in Brandenburg mit 20,4 Millionen Euro zu sichern.

In den Jahren 2018 – 2020 flossen insgesamt knapp 70 Millionen Euro aus dem BMFSFJ nach Brandenburg. Dazu gehören auch die insgesamt 222 Sprachkitas mit einem Fördervolumen von insgesamt 11,28 Millionen Euro.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Demokratiefördergelder in Höhe von insgesamt über 8 Millionen Euro durch Programme wie „Lokale Partnerschaften für Demokratie“ (4,77 Millionen Euro) und weiteren Fördertöpfen wie „Demokratie leben!“ und Unterstützung von lokalen Demokratiezentren (insgesamt auch nochmal mit 3,48 Millionen Euro – s. Tabelle auf Seite 86f).

Dagmar Ziegler hat sich neben ihrer Funktion als Parlamentarische Geschäftsführerin in der SPD-Fraktion vor allem für die brandenburgischen

Gewässer stark gemacht. So geht es auch an den 70 brandenburgischen Flusskilometern der Elbe voran. Mit dem 2017 durch den Bundestag verabschiedeten Gesamtkonzept Elbe wurde erstmals ein Planwerk mit dem Ziel der Sicherung der Schifffbarkeit der Elbe und der gleichzeitigen Bewahrung der ökologischen Vielfalt des Flusses erstellt. Die ausgewogene Förderung von Ökologie und Ökonomie steht im Fokus. Von dem ca. 300 Millionen Euro schweren Gesamtkonzept Elbe sind 240 Millionen Euro zur Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen vorgesehen. Ein Sechstel der veranschlagten Summe ist für die Beseitigung der Schifffahrtseinschränkungen veranschlagt und soll den drittlängsten deutschen Strom befahrbar erhalten, möglichst auch in Niedrigwasserperioden. Nur etwa vier Prozent des Flussverlaufes auf dem Gebiet der Bundesrepublik sind für die Schifffahrt ungeeignet und verhindern ein durchgängiges Befahren des Wasserweges von der Quelle in Tschechien bis zur Mündung in die Nordsee. Mit dem Haushalt 2018 wurden in den Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen des Bundes erstmals konkrete Personalstellen zur Umsetzung geschaffen. Die

Investitionen beliefen sich auf 2,5 Mio. Euro. Diese 35 Planstellen konnten nun besetzt werden und der Umsetzung des Gesamtkonzeptes Elbe steht nichts mehr im Weg. Natürlich bedarf es weiterhin der stetigen Beteiligung dieses Projektes. Wir



Sylvia Lehmann (2.v.l.) mit Uli Freese, Susann Šenkec (Vorsitzende der Stiftung für das Sorb. Volk) und Dawid Statnik (Vorsitzender der DOMOWINA - Bund Lausitzer Sorben).

als Landesgruppe Brandenburg bleiben dran. Gerade im direkten Einflussgebiet der Elbe wissen wir, wie wertvoll und wichtig ein funktionstüchtiger und naturnaher Wasserweg für die gesamte Region ist.

Übersicht über Förderprojekte und -gelder nach Wahlkreisen

Angaben in € – (in Klammern: Anzahl der Projekte)

	WK 56	WK 57	WK 58	WK 59	WK 60
Mehrgenerationen-Häuser	525.217,38 (4)	324.400 (3)	216.800 (2)	351.534,16 (3)	201.000 (2)
Lokale Partnerschaften für Demokratie	912.500 (2)	250.000 (1)	505.000 (2)	450.000 (2)	661.000 (2)
Demokratie leben; Demokratieförderung; Demokratiezentren	199.994,3 (1)	/	/	135.000 (1)	/
KIP - Bundesprogramm KitaPlus_KIP	/	39.610,3 (1)		166.959,1 (2)	/
Sprachkitas	1.525.000 (30)	714.000 (14)	2.028.581 (41)	931.249 (18)	900.000 (18)
Bundesfreiwilligendienst/ Pädagogische Förderung FSJ	1.972.800	2.102.400	1.091.648,09	3.331.200	1.814.400
ESF Förderung	383.741,56	/	/	575.365,52	1.518.110,51
Respekt coaches und Anti-Mobbing-Profis	195.322,02 (1)	97.695,02 (1)	/	135.000 (1)	164.534 (1)
Bundesweite Förderung der individuellen Begleitung junger zugewanderter Menschen Weitere Unterstützung von Geflüchteten	327.704,23 (1)	963.194,21 (2)	/	129.000 (1)	664.253 (3)
Weitere Projekte und Förderungen	728.756,82 (8)	200.000 (1)	15.000 (1)	1.385.723,48 (7)	/
Menschen stärken Menschen	151.600 (4)	/	12.000 (1)	8.600 (2)	11.000 (1)
Zuwendungen Landesministerien: 3.063.941					

Ulrich Freese ist nach wie vor Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie im Haushaltsausschuss als Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Haushalt des Bundesrates und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Im Bereich des BMEL standen auch für

Brandenburg bedeutsame Themen auf der Tagesordnung, wie Klimaauswirkungen und Abmilderung der Folgen für die Land- und Forstwirtschaft sowie die Arbeitsbedingungen der Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und

WK 61	WK 62	WK 63	WK 64	WK 65	GESAMT
249.783,3 (3)	395.835,38 (3)	352.223,43 (3)	499.650 (4)	345.140 (3)	3.461.583 (30)
/	67.0000 (2)	865.000 (3)	839.550 (3)	216.500 (1)	4.766.550 (18)
3.147.199,02 (2)	/	/	/	/	3.482.1932 (4)
/	73.674,63 (1)	58.716,86 (1)	/	647.530,32 (5)	986.491 (10)
1.454.000 (27)	1.206.000 (23)	1.150.000 (23)	500.000 (10)	875.000 (18)	11.283.830 (222)
3.216.851,16	897.600	2.222.400	408.056,76	3.384.600	20.441.956
407.745,61	/	1.297.887,19	997.756,89	587.491,08	5.768.098
219.422 (1)	192.621,54 (1)	315.000 (1)	186.019,79 (1)	160.667,08 (1)	1.666.281 (7)
403.650,86 (2)	443.015,17 (2)	1.391.626 (3)	563.925,71 (1)	208.472,35 (1)	5.094.841 (16)
3.550.498,27 (23)	/	/	560.352,3 (5)	/	6.440.330 (45)
3.400 (2)	/	9.400 (2)	19.600 (1)	17.600 (1)	233.200 (14)

auch die Arbeitsbedingungen in der fleischverarbeitenden Industrie.

Sowohl mit Maßgabebeschlüssen als auch mit haushaltsmäßiger Untersetzung wurde diesen Themen Rechnung getragen. Leider, wie die Zeit beweist,

nicht immer zügig und sichtbar durch das Ministerium abgearbeitet.

Im Bereich der Wirtschafts- und Energiepolitik stand die Umsetzung des Berichtes der Kommission: „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ im Mittelpunkt.



Die Mitglieder der Landesgruppe Brandenburg während der Fraktionssitzung

Ziel war es, den vom Bundeswirtschaftsminister eingebrachten Gesetzentwurf so zu verändern, dass die lausitzspezifischen Gesichtspunkte, eine sichere Finanzierungsgrundlage und die Beteiligung der unterschiedlichen Interessengruppen in das Gesetz eingeflochten werden.

Auch wenn nicht alle Forderungen durchgesetzt werden konnten, ist das am

3. Juli 2020 verabschiedete Gesetz qualitativ wesentlich besser, als das vom Minister eingebrachte.

Nachdem im Juli 2020 Bundestag und Bundesrat dem Strukturstärkungs- und Kohleausstiegsgesetz zugestimmt haben, herrscht nun Klarheit für die betroffenen Regionen und die vielen direkt oder indirekt mit dem Bergbau Beschäftigten in Ulrich Freeses Wahlkreis: 17 Milliarden Bundesmittel fließen in den kommenden 18 Jahren in die Strukturstärkung der Region. Der längst begonnene Prozess des Wandels bekommt damit einen sicheren Pfad.



Mitglieder der Landesgruppe Brandenburg im Gespräch mit Wirtschaftsminister Jörg Steinbach

Nach Auffassung von Ulrich Freese muss die Lausitz weiter Energieregion bleiben. Bis 2038 mit der Braunkohleverstromung als Brückentechnologie

danach durch Umwandlung des regenerativen Überschussstroms in zukunftsorientierte Wasserstoff- und Speichertechnologie.

Wichtig für die Lausitz ist, dass die seit Jahrzehnten geforderten Infrastrukturprojekte jetzt umgesetzt werden. Der Ausbau des Instandsetzungswerkes der Bahn in Cottbus mit dem das Entstehen von mehr als 1000 neuen Arbeitsplätzen möglich ist und der Umbau des bettenmäßig größten Krankenhauses im Land Brandenburg – dem CTK in Cottbus – hin zu einer Universitätsklinik mit der eine zukunftsorientierte Mediziner Ausbildung unter Einbeziehung der Lausitzer Kliniken auf dem Weg gebracht werden können. Dazu dient auch die Ansiedlung von Forschungsinstituten und Außenstellen von Bundesämtern.

Auch als Haushaltspolitiker konnte Ulrich Freese in den vergangenen beiden Jahren einiges bewegen. Als Beispiel sind hier Denkmalfördermittel für Cottbus, Spremberg oder Schenkendöbern genauso zu nennen wie Bundesmittel für die Sanierung einer Schulturnhalle in Guben, Förderung der Sanierung des Forster Reit- und Radstadions oder aktuell 4,6 Millionen Euro aus dem Förderprogramm zum Breitbandausbau für die Stadt Cottbus.

Ein Herzensanliegen von Ulrich Freese als ehemaliger ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See war auch die Ansiedlung von hunderten neuen Arbeitsplätzen bei der Behörde in Cottbus. Diese entstehen durch die Ermächtigung der Knappschaft Bahn-See, den ESF-Verwaltungsauftrag für das Bundesarbeitsministerium von Hubertus Heil ab dem Jahr 2021 zu übernehmen. Diesen Prozess hat Ulrich Freese bereits seit 2018 begleitet – unter anderem mit einer Einladung des Arbeitsministers in die Minijobzentrale Cottbus und indem er mit dem Minister darüber im ständigen Austausch stand.

Weitere und aktuelle Informationen findet Ihr auf www.spdfraktion.de

Die Landesgruppe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg



Dieser Bericht ist chronologisch angelegt und schließt an den vorangegangenen Berichtszeitraum an.

Wechsel im Fraktionsvorstand



Inka Gossmann-Reetz wurde im August 2018 zur Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie wurde zugleich neue Leiterin des Arbeitskreises 1 der Fraktion, der für die Themen Innenpolitik, Kommunales, Brand- und Katastrophenschutz zuständig ist. Sie folgte auf Daniel Kurth, der am 31. Juli 2018 aus dem Brandenburger Landtag ausschied. Er wurde zum Landrat des Landkreises Barnim gewählt.

Schüler-BaföG aufgestockt

Der Landtag verabschiedete auf Initiative der Koalition das neue Brandenburgische Ausbildungsförderungsgesetz (Schüler-BAföG). Die Förderung für Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, die das Abitur oder die Fachhochschulreife anstreben, wurde von 100 auf 125 Euro monatlich erhöht. Damit niemand wegen eines schmalen Geldbeutels die Chance auf gute Bildung verpasst, wurde diese Förderung 2010 eingeführt.

Verfassungsrichter*innen bestimmt

Die SPD-Fraktion hatte auf ihrer Klausurtagung Christina Kirbach, Markus

Möller und Juli Zeh für das Verfassungsgericht vorgeschlagen.

Die von der SPD-Fraktion Nominierten sind:

- Christine Kirbach, seit 2007 Richterin am Amtsgericht in ihrer Geburts- und Heimatstadt Perleberg mit dem Schwerpunkt Jugendstrafrecht; seit 2015 zusätzlich Präsidialrichterin am Landgericht Neuruppin (Teila-bordnung).
- Markus Möller, Richter am Finanzgericht Berlin-Brandenburg, seit 18 Jahren in Cottbus tätig, seit 2008 Stadtverordneter für die SPD, Vorstandsmitglied Jugendhilfe Cottbus e.V.; vorgeschlagen als Präsident des Verfassungsgerichts ab 2019.
- Juli Zeh, Schriftstellerin, Publizistin und promovierte Juristin, wohnhaft im Havelland, die sich wiederholt für Bürgerrechte und Datenschutz eingesetzt hat.



Am 12. Dezember 2018 hat der Landtag diese und drei weitere Verfassungs-

richterinnen und -richter gewählt. Der von der SPD vorgeschlagene Markus Möller wurde Gerichtspräsident.

Brandenburger Kulturort des Jahres

In Brandenburg wird es künftig alle zwei Jahre einen Kulturort des Jahres geben. Das beschloss der Brandenburg Landtag im November 2018. Vorbild dafür waren die Niederlande: Dort besuchte der Kulturausschuss des Landtags die Stadt Leeuwarden, die im westlichen Nachbarland Kulturstadt des Jahres gewesen ist. Die kulturpolitische Sprecherin, Prof. Dr. Ulrike Liedtke, ist überzeugt, dass dies ein Gemeinschaftsprojekt werden kann, das für die örtliche Bevölkerung mehr als nur gute Partizipationsmöglichkeiten über kommende Jahre hinweg bietet. Ein solcher Kulturort schaffe aus ihrer Sicht ein neues Miteinander zwischen den Generationen und gesellschaftlichen Gruppen – und eine noch stärkere Identifikation mit der Heimatregion, ihrer Kultur und Tradition.



Mehr Transparenz und Bürgernähe in der öffentlichen Verwaltung

Der Landtag hat am 14. November 2018 das Gesetz über die elektronische Verwaltung (BbgEGovG) und einen Beschluss für mehr Datentransparenz in Brandenburg („Open Data“) verabschiedet. Das Gesetz zum E-Government sorgt dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Amtsgeschäfte auch von zu Hause aus erledigen können: Einfach, schnell, und sicher. Um ein Auto anzumelden oder die Geburt eines Kindes anzuzeigen, muss in Zukunft niemand mehr weite Wege oder langes Warten auf sich nehmen. Damit eine einheitliche technische Infrastruktur von den Kommunen bis zum Bund gewährleistet wird, fördert das Land eine gemeinsame Plattformlösung. Open Data heißt,

dass der Staat seine Daten, wie etwa zur Geografie, auch für Privatpersonen, Bürgerinitiativen, Forschungsprojekte oder Unternehmen zur Verfügung stellt. Diese sollen das Recht haben, kostenlos und ohne Barrieren auf die allermeisten Daten zuzugreifen und diese weiterverarbeiten zu können. Dazu wird Land rechtliche Vorkehrungen treffen und eine einheitliche Open-Data-Infrastruktur schaffen, die den Kommunen zur Verfügung stehen wird.

Schwerpunkte gesetzt – Doppelhaushalt 2019/20 verabschiedet

Die Koalition hat einen Doppelhaushalt verabschiedet. Ein Doppelhaushalt für das Jahr der Landtagswahl und das folgende Jahr gewährleistet vor allem Sicherheit und mittelfristige Planbarkeit. Andernfalls müssten Projekte und Programme, die vom Land mit finanziert werden, eine längere Phase der Unsicherheit bewältigen. Die CDU hat gegen den Doppelhaushalt geklagt und sieht eine nächste Koalition in ihrem Haushaltsrecht eingeschränkt. Der parlamentarische Beratungsdienst hatte das Vorgehen der Koalition zuvor als zulässig eingestuft. Mit dem Doppelhaushalt wurden wichtige Weichen für das Land gestellt. Beschlossen wurde:

■ Inneres und Justiz:

Für mehr Sicherheit im Land erhält die Polizei zusätzliche Stellen. Auch die Räumung von Kriegsbomben wird verstärkt: Der Kampfmittelbeseitigungsdienst bekommt neues Personal und bessere Ausrüstung. Feuerwehren und Katastrophenhelfer brauchen Nachwuchs und verdienen Anerkennung. Dazu führt Brandenburg eine Jubiläumsprämie und eine Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Helfer ein. Für zügige Gerichtsverfahren sollen zusätzliche Richter und Staatsanwälte sorgen.

Wer sich ehrenamtlich engagieren möchte, kann sich bald wohnortnah beraten lassen, etwa über Vernetzung, Weiterbildung oder Förderung. In jedem Landkreis wird dazu eine Anlaufstelle entstehen. Brandenburg beteiligt sich künftig an den Fahrtkosten von Ehrenamtlichen.

■ Bildung und Sport:

Brandenburg bildet ab 2019 deutlich mehr Lehrkräfte an der Universität

aus, um künftig den Bedarf aus eigener Kraft decken zu können. Zum Januar steigen die Lehrergehälter u.a. an Grundschulen, das soll auch den Beruf attraktiver machen. Die Zahl der Kita-Erzieherinnen ist gestiegen, die Landeszuschüsse für die Kitas steigen auch: auf gut 500 Millionen Euro im Jahr. Brandenburg unterstützt Sanierung und Ausbau von Kitas. Die Sportvereine im Land erhalten ab 2019 mehr Förderung, u.a. für Maßnahmen zur Digitalisierung. Brandenburg bekommt ein „Haus des Sports“ für die Verbände.

■ Soziales und Gesundheit:

Um die Ärzteversorgung auf dem Land zu sichern, geht Brandenburg neue Wege: Wer sich verpflichtet, in ländlichen Regionen zu praktizieren, erhält im Medizinstudium ein Stipendium. Alle Krankenhäuser in Brandenburg bleiben bestehen, die Nähe zu den Menschen damit ebenso. Die Landesmittel für Modernisierung und Investitionen der Kliniken wachsen weiter. Die Frauenhäuser bekommen mehr Mittel für Opfer häuslicher Gewalt. Besonders die Kinder der betroffenen Frauen können damit zusätzliche Betreuung erhalten. Weil in der Altenpflege Personal gesucht ist und der Bedarf noch wächst, erhöht das Land seine Fördermittel für die schulische Ausbildung von Pflegekräften. Das gleiche gilt für Hebammen: Hier soll ein Aktionsplan helfen, die Nachfrage nach Geburtshelferinnen besser zu decken.

■ Wirtschaft und Energie:

Die digitale Infrastruktur wird weiter ausgebaut. Das Land fördert den Breitbandausbau in den kommenden Jahren massiv, die Antragsverfahren werden einfacher. Für Stromspeicher in privater Nutzung können Bürger Fördermittel beantragen. Das soll den Eigenverbrauch von Solarstrom erhöhen und das Stromnetz entlasten.

■ Mobilität:

Der klimafreundliche Güterverkehr auf der Schiene wird gestärkt durch eine bessere Anbindung von Logistikzentren einschließlich Häfen. Alle Auszubildenden können künftig für einen Euro am Tag ganzjährig alle Verbindungen im gesamten Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg nutzen.

■ Landwirtschaft und Umwelt:

Die von Dürreschäden betroffenen Bauern, in Brandenburg fast jeder zweite, bekommen Unterstützung vom Land. Der Teilausgleich wird bezahlt, wenn der Betrieb ohne Hilfe in seiner Existenz gefährdet wäre. Illegale Abfall-Lager sind für die Gemeinden ein großes Problem. Deshalb stellt das Land mehr Mittel bereit, um die illegalen Kippen zu räumen und so Gefahrenstellen zu beseitigen.

■ Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Die Kulturverbände bekommen mehr Geld für ihre Arbeit, die das Leben auf dem Land bereichert. Jeder Mensch soll Zugang zu guten kulturellen Angeboten haben.

- Bestehende Kultureinrichtungen werden gesichert und weiterentwickelt. Auch für den Denkmalschutz gibt es mehr Geld.

Brandenburger Mindestlohn erhöht



Brandenburg war das erste Bundesland, das einen Vergabemindestlohn eingeführt hatte. Im Januar 2019 beschloss der Landtag die Erhöhung des

Mindestlohnes für öffentliche Aufträge von neun auf 10,50 Euro pro Stunde und in einem weiteren Erhöhungsschritt zum 1. Januar 2020 auf 10,68 Euro. Die SPD warb im Landtagswahlkampf 2019 für eine Erhöhung auf 13 Euro pro Stunde, weil nur mit einem Lohn in dieser Höhe gesichert ist, dass die spätere Rente nach einem langen Arbeitsleben ausreicht. Nur ein Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde sorgt dafür, dass niemand auf staatliche Hilfe im Alter angewiesen ist. Der Landtag hat die Landesregierung durch Beschluss im Januar 2020 aufgefordert, das Vergabegesetz noch in diesem Jahr verändert vorzulegen.

Brandenburg hat bundesweit ein Zeichen für mehr Parität gesetzt



Brandenburg beschloss als erstes Bundesland ein Paritätsgesetz. Demnach müssen Parteien ihre Landeslisten zu Landtagswahlen von 2020 an abwechselnd mit Frauen und Männern besetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung der Geschlechter in der Politik. Das Paritätsgesetz überwindet jährliche Beteuerungen und verlangt verbindliche Schritte für mehr Frauen in der Politik. Die Initiatorinnen wollten, dass den vielen schönen Worten Taten folgen müssen und das Parlament weiblicher wird.

Rettungsprämie verabschiedet



Der Landtag verabschiedet das veränderte Prämien- und Ehrenzeichengesetz. Das Gesetz sieht jährliche Zuschüsse von 200 Euro sowie eine Jubiläumsprämie von 500 Euro alle zehn Jahre vor. Neben Freiwilligen Feuerwehrleuten können ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit pflichtigen Aufgaben im Katastrophenschutz die Leistungen erhalten.

Die Rettungsprämie ist ein Zeichen der Anerkennung und des Dankes. Sie soll zudem den ehrenamtlichen Einsatz für die Gemeinschaft ein bisschen attraktiver machen; denn im Brand- und Katastrophenschutz wird dringend Nachwuchs für die kommenden Jahre und Jahrzehnte gebraucht. Die Prämie leistet so einen Beitrag dazu, die Sicherheit unserer Dörfer und Städte im ganzen Land auf Dauer zu gewährleisten. Neben Freiwilligen Feuerwehrleuten können ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bei den Organisationen Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfallhilfe, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft und Malteser Hilfsdienst die Zuschüsse und Prämien erhalten.

Straßenbaubeiträge abgeschafft

Im Februar 2019 hatte die Koalition sich auf die Abschaffung der Straßenbaubeiträge verständigt. Nach einer Anhörung im März 2019 wurde die Ankündigung auf der April-Sitzung des Landtagsplenums gesetzlich realisiert. Anwohnerinnen und Anwohner von kommunalen Straßen, die bereits erschlossen sind und ausgebaut oder saniert werden, müssen sich an den Kosten nicht mehr finanziell beteiligen. Für viele Menschen bedeutet die Abschaffung der Straßenbaubeiträge eine finanzielle Entlastung, für die Kommunen eine Vereinfachung und Einsparung von Verwaltungskosten. Die Beiträge entfallen rückwirkend ab 1. Januar 2019, wenn bis dahin die Baumaßnahme abgeschlossen wurde. Den Städten und Gemeinden ersetzt das Land die entgangenen Einnahmen, bei Bedarf auch über eine Spitzabrechnung. Dafür stehen insgesamt rund 31 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Für jeden Kilometer Kommunalstraße entspricht das einer Pauschalzahlung von rund 1.400 Euro pro Jahr. Die Neuregelung wird vom Landesbetrieb Straßenwesen umgesetzt, der mehr Personal erhält.

Gute-Kita-Gesetz in Brandenburg beschlossen

Das Gute-Kita-Gesetz des Bundes muss in jedem Bundesland umgesetzt werden. Dazu konnten die Bundesländer aus vorgegebenen Handlungsempfehlungen ihre eigenen passgenauen Schwerpunkte setzen. Brandenburg stellte Sozialleistungsempfänger und Familien mit geringem Einkommen von Kita-Beiträgen frei. Nachdem der bereits 2018 beschlossenen Beitragsbefreiung für alle Kinder im Vorschuljahr, wurden damit noch mehr Eltern entlastet: Für jedes dritte Kind in Brandenburg fallen dann keine Kita-Beiträge mehr an. Das ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu vollständig beitragsfreier Bildung in Brandenburg. Ferner werden die Kita-Elternbeiräte gestärkt: Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen sie künftig verbindlich an kitapolitischen Entscheidungen beteiligen. Außerdem wurden verlängerte Betreuungszeiten in den Kitas unterstützt, wo es Bedarf gibt. Bezuschusst werden dafür zusätzliche Personalstunden bzw. die Neueinstellung von Erzieherinnen und Erziehern. Das entsprechende Förderprogramm nutzt auch Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz des Bundes, das Familienministerin Franziska Giffey auf den Weg gebracht hat. Schließlich wurde die Fachkräftesituation durch Qualifizierung von zusätzlichem Kita-Personal verbessert. Von den 44,6 Mio. Euro, die

Brandenburg in den Jahren 2019/20 durch das Gute-Kita-Gesetzes vom Bund erhält, wurden 9,2 Mio. Euro zur Beitragsbefreiung von Geringverdienern und 35,4 Mio. Euro für weitere Qualitätsverbesserungen verwendet.

Polizeigesetz verbessert

Der Landtag hat das neue Polizeigesetz für das Land Brandenburg verabschiedet, mit dem die Polizei erweiterte Befugnisse im Kampf gegen Terroristen und Extremisten, insbesondere in der Gefahrenabwehr, erhält. Zur Novelle des Polizeigesetzes gab es eine Vielzahl sehr unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Forderungen. Zwischen erheblichen Eingriffen in die bürgerlichen Grundrechte, wie sie Teile der Opposition forderten, und einem völligen Verzicht auf neue Befugnisse war die Spannweite groß. Die Polizei soll und kann auf Grundlage des neuen Gesetzes beides schützen und achten: Die Sicherheit der Menschen vor schwerer Kriminalität ebenso wie ihre grundlegenden Freiheitsrechte.“

Die Novelle war nötig geworden, damit die Polizei die veränderten Herausforderungen – Stichworte sind Terrorismus und insbesondere rechter Extremismus – mit modernen Mitteln und Regeln für die Polizei bewältigen kann. Verbessert wurden auch die Möglichkeiten der Beamtinnen und Beamten, sich im Einsatz selbst gegen gewaltsame Übergriffe zu schützen.

Verfassungsschutzgesetz reformiert

Heute gibt es mehr Rechtsextreme, mehr Reichsbürger und mehr religiös motivierte Verfassungsfeinde. Der Verfassungsschutz soll Bestrebungen gegen die Verfassung frühzeitig erkennen und die Gefahrenabwehr ermöglichen. Durch die Reform erhält das Parlament stärkere Kontrollrechte und wird durch mehr Mitarbeiter unterstützt, die sich um die Aufklärung von verfassungsfeindlichen Aktivitäten kümmern. Zudem können Missstände innerhalb des Verfassungsschutzes von Mitarbeitern ohne Angst vor Repressalien zukünftig direkt an einen unabhängigen Beauftragten gemeldet werden.

Konkret heißt das:

- Der Verfassungsschutz erhält zusätzlich 37 Personalstellen.
- Neugeschaffen wird eine Innenrevision, die der Leitung unmittelbar untersteht.
- Ein zu berufender ständiger Beauftragter der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) kann künftig auf Weisung der Kommission Sachverhalte eigenständig untersuchen.
- Mitglieder der PKK können zur Unterstützung ihrer Arbeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen benennen.
- Angehörige der Verfassungsschutzbehörde können sich ohne Einhaltung des Dienstwegs an die PKK wenden („whistleblower“-Regelung).
- Zur verdeckten Informationsgewinnung können weiterhin sog. Informationsgebende (ehemals V-Leute) eingesetzt werden. Geregelt wird, in welchen Fällen die Zusammenarbeit zu beenden ist. Zudem wird nunmehr auch gesetzlich festgeschrieben, dass verdeckte Informationsgeber (ehemals V-Leute) keine Straftaten begehen dürfen. Das Anwerben und Führen von kriminellen V-Leuten ist nun verboten
- Enquetekommission zur Zukunft der ländlichen Regionen legt Abschlussbericht vor

Mit der Übergabe des Abschlussberichts an die Landtagspräsidentin Britta Stark hat die Enquetekommission zur Zukunft der ländlichen Regionen ihre Arbeit nach knapp vier Jahren abgeschlossen. Vorsitzender des Gremiums war der Lausitzer SPD-Abgeordnete Wolfgang Roick, außerdem gehörten der Kommission die SPD-Abgeordneten Prof. Dr. Ulrike Liedtke (Ostprignitz-Ruppin), Udo Folgart (Havelland) und Simona Koß (Märkisch-Oderland) an.

Der Enquetebericht würdigt das Potential des Landes an Kultur- und Erholungsangeboten. Für verstärkte Wertschöpfung sollen zukünftig bisher weniger beachtete Bereiche wie die Waldwirtschaft oder der Gesundheit-

tourismus sorgen. Der ländliche Raum sei vielseitig und lebt vom Engagement Einzelner, von Vereinen und Initiativen vor Ort ebenso wie von engagierten Kommunalvertretern. Deshalb war der Enquetekommission die



Beteiligung dieser Akteure ein besonderes Anliegen: Fast die Hälfte der Sitzungen fand im ländlichen Raum mit einer Bürgersprechstunde statt. Zudem wurden Betriebe, kulturelle Einrichtungen, landwirtschaftliche Produktionsstätten besucht und sich mit den dort Tätigen ausgetauscht. Im Sinne des Grundsatzes der gleichwertigen Lebensverhältnisse hatte sich die Enquete mit der Sicherung der Sozialen Daseinsvorsorge befasst. Der Erhalt von Bildungsangeboten und der Ausbau von Pflege sollen dabei Priorität genießen.

Mehr Akzeptanz für Windenergie geschaffen

Bei der Aufstellung von Regionalplänen in Brandenburg haben kleinere Gemeinden mehr Mitsprache- und Beteiligungsrechte erhalten. Das hat der

Landtag mit einer Änderung des Gesetzes zur Regionalplanung beschlossen. Das kann Akzeptanz der Windkraft stärken.

Gemeinden ab 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner bekommen mehr Rechte in den Regionalversammlungen der Regionalen Planungsgemeinschaften. Insbesondere erhalten sie die Möglichkeit, bei der Nutzung der Windkraft stärker mitzuwirken. Angesichts der Vorbehalte vieler Bürgerinnen und Bürger gegen Windkraftanlagen ist diese bessere Beteiligung wichtig. Im neuen Gesetz wird auch eine ‚Planungssicherung‘ vorgesehen, mit der die Genehmigung neuer Windkraftanlagen für zwei Jahre gestoppt werden kann, wenn ein Regionalplan infolge eines Gerichtsentscheids unwirksam wird. Auch diese Maßnahme dient der höheren Akzeptanz der Windenergienutzung. Das Land Brandenburg hat zudem eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um die Privilegierung von Windrädern im Baugesetzbuch zu beenden.

Neue Fraktionsspitze



Am 1. September wurde der Landtag Brandenburg neu gewählt. Die SPD hat die Landtagswahl gewonnen, ist stärkste Kraft geworden. Aber die neue Landtagsfraktion ist etwas kleiner als in der vergangenen Legislaturperiode: Die künftige Landtagsfraktion umfasst 25 Abgeordnete, die alle direkt gewählt wurden. Unter den 25 Abgeordneten sind 14 erstmals im Parlament. Trotz einer paritätischen Liste, die gar nicht zum Zug kam und obwohl

20 der 44 Direktkandidat*innen weiblich waren ist der Anteil der Frauen gesunken. Die Landtagsfraktion besteht aus 8 Frauen und 17 Männern. Die Landtagsfraktion hatte sich zwei Tage nach der Wahl konstituiert und den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Mike Bischoff zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Dieser hatte nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen erklärt, nicht weiter zur Verfügung zu stehen. Auf der Klausurtagung im November 2019 wurde eine neue Fraktionsspitze gewählt.

Fraktionsvorsitzender wurde Erik Stohn, parlamentarischer Geschäftsführer der neu gewählte Daniel Keller. Die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstandes sind Inka Gossmann-Reetz, Katja Poschmann, Björn Lüttmann, Helmut Barthel und Wolfgang Roick. Sie sind zugleich Vorsitzende der fachlichen Arbeitskreise der Fraktion.



■ Arbeitskreis 1 – Innen, Kommunales, Recht

Vorsitz Inka Gossmann-Reetz

■ Arbeitskreis 2 – Bildung, Jugend, Sport, Wissenschaft, Forschung, Kultur

Vorsitz Katja Poschmann

■ Arbeitskreis 3 – Soziales, Gesundheit, Integration, Verbraucherschutz, Petitionen

Vorsitz Björn Lüttmann

■ Arbeitskreis 4 – Wirtschaft, Arbeit, Energie, Infrastruktur, Landesplanung, BER, Digitales

Vorsitz Helmut Barthel

■ Arbeitskreis 5 – Haushalt, Finanzen, Europa, Entwicklungspolitik, Landwirtschaft, Umwelt, Klimaschutz

Vorsitz Wolfgang Roick

Neue Landtagspräsidentin

Prof. Dr. Ulrike Liedtke wurde von der SPD-Fraktion als neue Präsidentin des Landtages Brandenburg vorgeschlagen und vom Parlament anschließend gewählt.



Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat einen Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg als Sondervermögen eingerichtet. Brandenburg hat weiterhin einen hohen Investitionsbedarf: Für eine moderne Infrastruktur, für die zunehmende Digitalisierung, für Innovationen, für den Klimaschutz und für die Regionalentwicklung müssen zusätzliche Mittel aufgewendet werden – um den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen im Land auch in Zukunft zu sichern. Über einen Zeitraum von zehn Jahren soll insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung stehen, um zusätzliche Investitionen zu finanzieren. In Zeiten niedriger Zinsen und guter Konjunktur sind gezielte Investitionen das beste Instrument, um die positive Entwicklung des Landes fortzusetzen und zu verstetigen. Auch die meisten Ökonomen, internationale Wirtschaftsorganisationen sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund und Industrieverbände empfehlen, mehr Geld in Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur und in technologische Innovation zu stecken. Der Investitionsfonds ist dafür eine wesentliche Grundlage.

Bauen wird einfacher, schneller und nachhaltiger

Dazu ist eine Änderung der Bauordnung geplant, die der Landtag Brandenburg in Auftrag gegeben hat. Das serielle und modulare Bauen wird erleichtert. Auch der Ausbau oder die Umnutzung eines bestehenden Gebäudes soll künftig weniger bürokratischen Aufwand erfordern, ohne dass die Sicherheitsstandards gemindert werden. Die Verfahren für Baugenehmigungen werden durch digitale Verfahren beschleunigt. Das alles nützt Hauseigentümern ebenso wie Unternehmern, die neue Ideen haben und investieren möchten. Besonders wichtig ist das Bauen mit Holz stärker in den Fokus zu rücken. Es ist als Baustoff klimafreundlich und zudem in Brandenburg in großer Menge und hervorragender Qualität vor Ort verfügbar. Holzhäuser sind ökologisch sinnvoll und liegen im Trend. Zugleich soll die neue Bauordnung die Genehmigung und Aufstellung von Elektro-Ladestationen, als Beitrag zum Ausbau der E-Mobilität und damit zum Klimaschutz, erleichtern.

Brand- und Katastrophenschutz unterstützen

Freiwillige Helferinnen und Helfer im Brand- und Katastrophenschutz werden

in Brandenburg noch besser unterstützt werden. Die Erfassung der Einsatzzeiten im Ehrenamt, eine Grundlage für den Erhalt der Rettungsprämie, sollen vereinfacht und vereinheitlicht werden.

Corona-Rettungsschirm gespannt

Auf Vorschlag der Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen hat der Landtag eine Kreditermächtigung in Höhe von 2 Milliarden Euro zur Bewältigung der Corona-Krise beschlossen. Dazu wurde das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation nach Art. 103 (2) der Landesverfassung festgestellt, die die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Auf dieser Grundlage war der Beschluss zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen möglich. Der Rettungsschirm machte es möglich kleinen und mittleren Unternehmen, Kommunen, Kulturschaffenden, Sportvereinen, Studierenden und sozialen Projekten schnell und wirksam zu helfen. Auch den Bonus für Pflegekräfte der Altenpflege, den der Bund beschlossen hatte, konnte so um 500 Euro mit Landesgeldern auf insgesamt 1.500 Euro erhöht werden.

Mehr Moor wagen

Brandenburg gehört zu den drei moorreichsten Bundesländern in Deutschland. Als sensible Ökosysteme haben sie eine hohe Bedeutung für den Wasserhaushalt, den Naturschutz und die Biodiversität. Moorschutz ist zugleich auch Klimaschutz. Neben dem Schutz und der Regeneration der noch vorhandenen naturnahen Moore geht es uns vor allem um die regionale Wertschöpfung auf unseren Moorflächen. Die vorhandenen Eckpunkte werden bis Ende 2021 zu einem Moorschutzprogramm weiterentwickelt. Unser Ziel ist der Schutz der verbliebenen natürlichen Moore, die Revitalisierung von Mooren ohne Nutzung und die natur- und klimaverträgliche Nutzung von bewirtschafteten organischen Böden. Der Landtag Brandenburg hat im Mai 2020 ein solches Moorschutzprogramm angeregt.

Mehr Tempo, Kreativität und Willen für die Digitalisierung unserer Schulen

Der Landtag hat im Juni einen Antrag zum „Aktionsprogramm digitale Bildung“ verabschiedet. Unsere Schulen gehören digital auf die Überholspur. Bildung ist Daseinsvorsorge, und diesem Auftrag wollen wir gerecht wer-

den. Im Bildungsland Brandenburg gilt: Wir wollen kein Kind zurücklassen. Machen wir Lehrkräfte und Schüler fit für das digitale Zeitalter. Dafür braucht es Fortbildungen und Tablets in den Schultaschen. Mit dem Soforthilfeprogramm in Höhe von 15 Millionen Euro für Digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler ist ein Grundstein gelegt. Benachteiligte Kinder aus benachteiligten Lernumgebungen brauchen unsere Unterstützung mehr denn je. Das Ziel ist, dass die Übergänge zwischen Präsenzunterricht und außerschulischem digitalen Lernen fließend werden müssen. Dazu braucht es eine umfassende Ausstattung der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Unterrichtsräume sowie Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Anpassung der Lehrerbildung auf digitale Angebote und Methoden. Der Einsatz von Studierenden bei der Bewältigung dieser Aufgabe hat einen großen Mehrwert für aus Sicht der Fraktion. Sie können den Unterricht von morgen heute aktiv mitgestalten. Sie unterstützen so die Lehrkräfte bei den neuen Aufgaben und sammeln nebenbei Praxiserfahrungen.

Wasserstoff ist unsere Zukunft

Der Landtag engagiert sich für eine stärkere Nutzung der Wasserstoff-Technologie. Brandenburg ist Energieland und Vorreiter bei der Nutzung erneuerbarer Quellen. Auch mit der Wasserstoff-Technik gibt es bereits vielfältige Erfahrungen in Brandenburg, etwa im Hybrid-Kraftwerk in Prenzlau. Daran können wir anknüpfen, wenn jetzt der Bund und die Länder eine regionale Wasserstoffwirtschaft entwickeln. Wir haben die Expertise, die Fachkräfte und die Möglichkeiten für den Aufbau einer Wasserstoffindustrie in Brandenburg. Davon können insbesondere Berlin-ferne Regionen wie die Lausitz profitieren. Wasserstoff lässt sich vielfältig einsetzen in den Bereichen Mobilität, Wärmeversorgung, Energiespeicherung und Industrie. Die Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff schlägt die Brücke zwischen der Energiewende, dem Klimaschutz und einer nachhaltigen regionalen Strukturentwicklung – und sie schafft moderne Arbeitsplätze. Daher braucht es eine brandenburgische Wasserstoffstrategie mit konkreten Maßnahmen, die diese Ziele bündelt.

SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Fotostecke Familienfest 2019



Ganz schön regnerisch war es am Anfang des Familienfests, aber je später der Abend, desto trockener die Sitzbänke. Und so hatten die Sozialdemokrat*innen und ihre Gäste noch sehr viel Spaß. Neu beim Familienfest 2019: Der Eintritt war frei, dafür kosteten Bier und Würstchen einen kleinen Beitrag. Das Familienfest war gleichzeitig Wahlkampfhöhepunkt für die Potsdamer Landtagskandidat*innen und gab Gelegenheit, sich vorzustellen und viele Fragen zu beantworten.







Landesparteitage

BRANDENBURG

SPD

Landesparteitag am 17. November 2018, Tagesordnung

1. ERÖFFNUNG
 - a. Grußwort des Oberbürgermeisters Jann Jakobs
 - b. Wahl des Präsidiums
2. KONSTITUIERUNG
 - a. Wahl einer Schriftführerin bzw. eines Schriftführers
 - b. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c. Wahl der Zählkommission
 - d. Beschluss über die Geschäftsordnung
 - e. Beschluss über die Tagesordnung
3. REDE – STEPHAN WEIL, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Vorsitzender der SPD Niedersachsen
4. REDE – DR. DIETMAR WOIDKE, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Vorsitzender der SPD Brandenburg
5. AUSSPRACHE
6. BERICHTE
7. ENTLASTUNG DES LANDESVORSTANDES UND AUSSPRACHE
8. BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION
9. WAHL DES LANDESVORSTANDS
 - a. Wahl Vorsitzende/r
 - b. Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden
 - c. Wahl Generalsekretär/in
 - d. Wahl Schatzmeister/in
 - e. Wahl der zehn Beisitzer/innen
10. ANTRAGSBERATUNG EINSCHLIESSLICH SATZUNGSÄNDERNDER ANTRÄGE
11. WAHL REVISIONS- UND SCHIEDSKOMMISSION
12. WAHL DER DELEGIERTEN
13. WEITERFÜHRENDE ANTRAGSBERATUNG
14. SCHLUSSWORT

Landesparteitag am 11. Mai 2019, Tagesordnung

1. ERÖFFNUNG
 - a. Grußwort Mike Schubert, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
 - b. Wahl des Präsidiums
2. KONSTITUIERUNG
 - a. Wahl einer Schriftführerin bzw. eines Schriftführers
 - b. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c. Wahl der Zählkommission
 - d. Beschluss der Tagesordnung
 - e. Beschluss der Geschäftsordnung
3. REDE – MALU DREYER, Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
4. REDE – DR. DIETMAR WOIDKE, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Vorsitzender der SPD Brandenburg
5. BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION
6. REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD BRANDENBURG FÜR DIE JAHRE 2019 – 2024
 - a. Antragsberatung
 - b. Beschlussfassung
7. WEITERFÜHRENDE ANTRAGSBERATUNG
8. SCHLUSSWORT DES GENERALSEKRETÄRS

Außerordentlicher Landesparteitag am 15.11.2019, Tagesordnung

1. ERÖFFNUNG
 - a. Eröffnung - ERIK STOHN, Generalsekretär der SPD Brandenburg
 - b. Wahl des Präsidiums
2. BEGRÜSSUNG - MIKE SCHUBERT, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
3. KONSTITUIERUNG
4. GRUSSWORT - MATTHIAS PLATZECK, Ministerpräsident a. D.
5. ANTRAGSBERATUNG
 - a. REDE – DR. DIETMAR WOIDKE, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Vorsitzender der SPD Brandenburg

EINBRINGUNG DES LEITANTRAGES: „GEMEINSAMER KOALITIONS-
VERTRAG VON SPD, CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“

 - b. Bericht der Mandatsprüfungskommission
 - c. Debatte zum Leitantrag
 - d. weiterführende Antragsberatung
6. SCHLUSSWORT

Finanzbericht



1. Einnahmeentwicklung

1.1 Einnahmen aus Beiträgen

In den Jahren 2018 und 2019 stellten die Einnahmen aus Beiträgen der Mitglieder sowie der Mandatsträger*innen die wichtigsten Einnahmequellen des SPD-Landesverbandes Brandenburg dar. In Summe betrugen sie in den Berichtsjahren insgesamt 1,92 Mio. Euro, das ist eine Steigerung um 4,92 % im Vergleich zu den Vorjahren. Im Einzelnen erzielte der SPD-Landesverband Brandenburg im Jahr 2018 Beitragseinnahmen in Höhe von 975.014,28 Euro und im Jahr 2019 in Höhe von 948.966,82 Euro.

Diese verteilen sich wie folgt:

Einnahmen aus Beiträgen	Jahr 2018	Jahr 2019
Mitgliedsbeiträge ²	633.329,28 Euro	619.649,32 Euro
Sonderbeiträge	341.685,00 Euro	329.317,50 Euro

Ich danke herzlich unseren Kassierer*innen in den Unterbezirken und Ortsvereinen für ihre ehrenamtliche Arbeit.

Die Beitragseinstufung unserer Mitglieder, laut Finanzordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist sehr gut. Im Jahr 2019 betrug der durchschnittliche monatliche Mitgliedsbeitrag 14,15 Euro (14,01 Euro im Jahr 2018). Der SPD-Landesverband Brandenburg nimmt damit weiterhin einen vorderen Platz im bundesweiten Vergleich ein. Das liegt auch daran, dass der Anteil der Mandatsträger*innen im Landesverband prozentual zur Mitgliedschaft sehr hoch ist.

Für das Volumen der Beitragsentwicklung sind die absolute Zahl der Mitglieder der Partei und der durchschnittliche monatliche Mitgliedsbeitrag von zentraler Bedeutung, der zunehmend auch von der Änderung der Altersstruktur der Mitgliedschaft beeinflusst wird. Es zeigt sich, dass Genoss*innen, die aus der aktiven Berufsphase ausscheiden, ihre Beiträge häufig senken. Der demografische Effekt wird auch in den nächsten Jahren zu beobachten sein, sofern es nicht gelingt, mehr junge Menschen für die Politik der SPD zu begeistern und sie zur Parteimitgliedschaft zu ermutigen.

Unsere Finanzordnung sieht gemäß § 1 Abs. 7 eine jährliche Anpassung der Beiträge vor. Diese orientiert sich an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik. Die Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringem Einkommen in Höhe von monatlich 2,50 Euro sind hiervon ausgenommen.

Die große Mehrheit der Mitglieder der SPD Brandenburg hat diese maßvollen Beitragserhöhungen — wie schon in den Vorjahren — mitgemacht.

Die kontinuierliche Anpassung der Beiträge ist für alle Gliederungen im SPD-Landesverband Brandenburg gleichermaßen von besonderer Bedeutung.

Die Mitgliedsbeiträge werden zwischen den einzelnen Gliederungen der Partei (Parteivorstand, Landesverband, Unterbezirk, Ortsverein) nach einem festgelegten Schlüssel aufgeteilt:

- 26 Cent von jedem Beitrag dienen der Finanzierung des „vorwärts“ und weitere 26 Cent der Unterstützung der Landesverbände in Ostdeutschland. Für die Finanzierung des Innovationsfonds werden 3 Cent verwendet.
- Vom übrigen Beitrag gehen bundeseinheitlich 15 % an den Parteivorstand.
- Die verbleibenden Beitragsanteile werden im Landesverband Brandenburg wie folgt aufgeteilt: 60 % Landesverband, 10 % Unterbezirk und 15 % Ortsverein.

Neben den regulären Mitgliedsbeiträgen leisten unsere Mandatsträger*in-

nen einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer politischen Arbeit insbesondere der Wahlkämpfe. Die Einnahmen aus Mandatsträger*innenbeiträgen erreichten im Jahr 2018 341.685,00 Euro und 2019 329.317,50 Euro.

Am 2. September 2019 wurden per Beschluss des geschäftsführenden Landesvorstandes der SPD Brandenburg die Sonderbeiträge der Mandatsträger*innen gemäß § 2 Finanzordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands letztmalig angepasst.

1.2. Die Staatliche Teilfinanzierung

Die Parteien in der Bundesrepublik finanzieren sich zu einem erheblichen Teil aus staatlichen Mitteln. Die Staatliche Parteienfinanzierung erfolgt in Form einer allgemeinen jährlichen Teilfinanzierung der den Parteien nach dem Grundgesetz obliegenden und im Parteiengesetz (PartG) konkretisierten Tätigkeiten. Maßgeblich für die Verteilung der staatlichen Mittel ist die Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft, die an ihren Wahlerfolgen und am Umfang der Zuwendungen natürlicher Personen gemessen wird.

Anspruch auf Staatliche Teilfinanzierung in einem bestimmten Jahr haben alle Parteien, die bei der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent oder bei einer der jeweils letzten Landtagswahlen mindestens 1 Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben. Ist eine Liste für die Partei nicht zugelassen, bekommt die Partei staatliche Mittel, wenn sie mindestens 10 Prozent der in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht hat. Es werden alle Stimmen aus der letzten Bundestags- und Europawahl sowie den jeweils letzten Wahlen in den einzelnen Bundesländern zusammengezählt. Für die ersten 4 Mio. Stimmen erhalten die Parteien 1,02 Euro pro Stimme, für jede weitere Stimme 0,84 Euro (Wählerstimmenanteil).

Darüber hinaus bekommen die Parteien jährlich 0,45 Euro für jeden Euro, den sie als Zuwendung in Form von Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträger*innenbeiträgen und Spenden von natürlichen Personen erhalten haben, wobei nur Zuwendungen bis zu 3.300 Euro pro Person und Jahr berücksichtigt werden (Zuwendungsanteil). Der Anspruch auf den Zuwendungsanteil besteht allerdings nur, wenn die Parteien die Höhe der Zuwendungen in

einem Rechenschaftsbericht für das dem Anspruchsjahr vorangegangene Jahr ausgewiesen haben.

Gemäß § 19a Absatz 6 PartG erhalten die jeweiligen Landesverbände einer Partei für die bei den entsprechenden Landtagswahlen erzielten gültigen Stimmen 0,50 Euro je Stimme aus Landesmitteln, wobei diese Beträge auf den Gesamtanspruch der Partei auf staatliche Mittel angerechnet werden.

Die übrigen staatlichen Mittel stammen aus dem Bundeshaushalt.

Für das Jahr 2018 waren gemäß § 18 Absatz 4 PartG 20 Parteien und für das Jahr 2019 22 Parteien anspruchsberechtigt. Wie schon in den beiden Vorjahren, entfiel der größte Anteil der staatlichen Mittel auf die SPD (56.772.509,83 Euro im Jahr 2018 und 55.714.336,85 im Jahr 2019)³.

Die Landesverbände und Bezirke der SPD erhalten ein Drittel der im Rahmen der Staatlichen Teilfinanzierung für die SPD festgesetzten Mittel.

Der SPD-Landesverband Brandenburg erhielt im Kalenderjahr 2018 insgesamt 401.460,47 Euro (davon 157.601,00 Euro Länderanteil) und im Jahr 2019 insgesamt 417.168,80 Euro (davon 157.601,00 Euro Länderanteil) aus der Staatlichen Teilfinanzierung.

1.3 Die Einnahmen aus dem parteiinternen Finanzausgleich und der Strukturhilfe

1.3.1 Finanzausgleich

Gemäß § 22 PartG hat der SPD-Parteivorstand für einen angemessenen parteiinternen Finanzausgleich (FAG) zwischen dem SPD-Parteivorstand und den 20 Landesverbänden und Bezirken zu sorgen.

Die Verteilung der Mittel aus dem parteiinternen Finanzausgleich erfolgt

³ Deutscher Bundestag. (2014, März 3). Deutscher Bundestag - Festsetzung staatlicher Mittel. https://www.bundestag.de/parlament/presidium/parteienfinanzierung/festsetz_staatl_mittel

in Anlehnung an das Berechnungsmodell zur Festsetzung der Staatlichen Teilfinanzierung mit diversen Ausgleichsmechanismen.

Das Mitgliedervotum der SPD zum Koalitionsvertrag 2018 war eine Befragung der Mitglieder der SPD, die über den Koalitionsvertrag von 2018 zur Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung mit CDU und CSU entscheiden sollten. Das Ergebnis wurde am 4. März 2018 verkündet. Die Landesverbände und Bezirke wurden mit insgesamt 396.161,14 EUR an den Kosten des Mitgliedervotums beteiligt. Der Kostenanteil des Landesverbandes Brandenburg lag bei 10.389,87 EUR und wurde im Vorwegabzug aus den Mitteln des FAG 2019 einbehalten.

1.3.2 Strukturhilfe Ost

Auch in den Jahren 2018 und 2019 haben alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit ihrem monatlichen Mitgliedsbeitrag einen Solidaranteil von 26 Cent geleistet, um damit die hauptamtlichen Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Landesverbänden zu sichern⁴. Aus dem Betriebshaushalt des SPD-Parteivorstandes werden seit 2011 jährlich weitere 750.000,00 Euro der Strukturhilfe Ost zur Verfügung gestellt, dieser Beitrag reduziert sich pro Jahr um 75.000,00 Euro und läuft im Jahr 2021 aus. Der Anteil der SPD Brandenburg aus den Mitteln der Strukturhilfe Ost reduziert sich entsprechend um etwa 18.000,00 Euro pro Jahr. Zur Sicherung der hauptamtlichen Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Landesverbänden werden wir auch zukünftig auf die Strukturhilfe Ost angewiesen sein.

Die Zuschüsse des SPD-Parteivorstandes aus dem Finanzausgleich und der Strukturhilfe Ost betrugen insgesamt 298.305,00 Euro im Jahr 2018 und 287.168,80 Euro im Jahr 2019. Zusätzlich erhielt der SPD-Landesverband Brandenburg im Jahr 2019 einen Kostenzuschuss des SPD-Parteivorstandes zur Landtagswahl in Höhe von 130.000,00 Euro.

4 Beschluss des SPD-Bundesparteitages vom 27./28. September 1990 in Berlin.

1.4 Die Einnahmen aus Spenden

Die Einnahmen aus Spenden spielen beim SPD-Landesverband Brandenburg traditionsgemäß eine untergeordnete Rolle, jedoch konnten im Jahr 2018 Spenden in Höhe von 33.621,25 Euro und in 2019 164.660,22 Euro erworben werden. Die Spenden wurden fast ausschließlich von natürlichen Personen getätigt. Ein Großteil der Einnahmen aus Spenden wurde über das zentrale GRÜN-spendino-Fundraising-Tool der SPD Brandenburg auf den Internetseiten des Landesverbandes, der Untergliederungen bzw. der Kandidierenden zur Landtagswahl gesammelt. Diese Mittel wurden als Zuschüsse an Gliederungen an die entsprechenden Untergliederungen weitergegeben.

1.5 Die Einnahmen aus Sponsoring und durch Aussteller

Sponsoring ist eine zulässige Form der Parteienfinanzierung. Vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen und steigender Ausgaben ist Sponsoring für uns unerlässlich. Unter Sponsoring verstehen wir das Angebot eines werbewirksamen Auftritts an Unternehmen und Verbände. Als Gegenleistung erhalten wir eine finanzielle Leistung oder eine Sach- oder Dienstleistung. Leistung und Gegenleistung müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Es handelt sich, anders als bei einer Spende, um eine geschäftliche Beziehung, die Teil des „wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs“ einer Partei ist und der Steuerpflicht unterliegt. Zum Sponsoring zählt auch die Vermietung von Standfläche für einen Messestand im Rahmen einer Veranstaltung.

Die Präsentation als Aussteller ist die häufigste Form des Sponsorings bei der SPD Brandenburg. Insbesondere zum Gesamtbild eines Landesparteitags gehört der Ausstellerbereich. Dort stellen sich die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise des Landesverbandes, parteinahe Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sowie Verbände und Wirtschaftsunternehmen vor. Der Ausstellerbereich dient als Kommunikationsplattform für alle Teilnehmer*innen der Veranstaltung.

Die Mietzahlungen der Aussteller aus dem Bereich der Wirtschaft und deren Verbände tragen dazu bei, den Landesparteitag finanzieren zu können. Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, Verbände und NGOs, die nicht von

der Wirtschaft getragen werden, können sich kostenlos präsentieren.

Der Landesvorstand der SPD Brandenburg ist bestrebt, eine ausgewogene Mischung zwischen „nichtkommerziellen“ und „kommerziellen“ Ausstellern zu ermöglichen.

Im Berichtszeitraum haben drei Landesparteitage stattgefunden. Der Landesparteitag am 17.11.2018, am 11.05.2019 und am 15.11.2019 jeweils in der Landeshauptstadt Potsdam.

Traditionell veranstaltete der SPD-Landesverband Brandenburg⁵ das jährliche große Fest der Märkischen Sozialdemokratie im Volkspark Potsdam – 2019 mit geändertem Konzept als Familienfest.

Bis auf den Landesparteitag vom 15.11.2019 waren die o. g. Veranstaltungen die Einnahmequellen für Sponsoring bzw. durch Aussteller.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

2.1 Organisationskosten

In Summe betrugen die Organisationskosten (= Personalausgaben + Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes) in den Berichtsjahren insgesamt 2,33 Mio. Euro, das ist eine Kostensenkung um 6,00 % im Vergleich zu den Vorjahren. Im Einzelnen wurden im Jahr 2018 Kosten in Höhe von 1,11 Mio. Euro und im Jahr 2019 in Höhe von 1,22 Mio. Euro aufgewendet.

Diese verteilten sich wie folgt:

Organisationskosten	Jahr 2018	Jahr 2019
Personalkosten	819.708,56 Euro	938.666,94 Euro
Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	289.713,42 Euro	280.795,30 Euro

⁵ Im Jahr 2019 wurde das Familienfest ohne Beteiligung der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg durchgeführt.

Der Stellenplan entwickelte sich im Berichtszeitraum entsprechend der Personalplanung.

Zum 31.12.2019 beschäftigt der SPD-Landesverband Brandenburg 16 hauptamtliche Mitarbeiter*innen⁶:

- in der Landesgeschäftsstelle in Potsdam sind sechs Mitarbeiter*innen beschäftigt, davon vier Frauen;
- in den Regionalgeschäftsstellen der SPD Brandenburg sind zehn Mitarbeiter*innen angestellt, davon drei Frauen.

Auf jede besetzte Personalstelle entfielen im Landesverband Brandenburg 2019 im Durchschnitt 471 Mitglieder und 161.291 Wahlberechtigte⁷.

Für die organisatorische und politische Begleitung der Wahlkämpfe 2019 wurde darüber hinaus zusätzliches Personal in der Landesgeschäftsstelle und in den Regionalgeschäftsstellen eingesetzt. Es handelte sich dabei um befristete Anstellungen.

Im Vergleich zum Jahr 2015 ist die Anzahl der Beschäftigten in den Regionalgeschäftsstellen konstant geblieben. In der Landesgeschäftsstelle ist die Zahl der Mitarbeiter*innen von 10 auf 6 zurückgegangen.

Im Berichtszeitraum wurde weiter in den Bereichen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und in die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten investiert. Auch im Bereich der Digitalisierung wurden wichtige Investitionen getätigt. Die elektronische Kommunikation und Datenverarbeitung entwickeln sich immer stärker zu einem der wichtigsten Arbeitsmittel für die hauptamtlichen Beschäftigten. Die Anpassung an ein sich ständig veränderndes Umfeld bringt es mit sich, dass vernetztes Arbeiten und die Nutzung moderner Kommunikationsdienste für die Erfüllung des politischen

⁶ Der Landesgeschäftsführer der Jusos in der SPD Brandenburg wird hier nicht berücksichtigt, da die Personalkosten vollständig aus staatlichen Mitteln finanziert werden.

⁷ Wahlberechtigte zu den Kommunalwahlen im Land Brandenburg am 26.05.2019.

Auftrags inzwischen unverzichtbar sind. Das SPD-VPN⁸ muss kontinuierlich in Bezug auf die Nutzung als auch auf notwendige Sicherheitsregelungen sowie den Datenschutz den geltenden Bedingungen gerecht und in Hinblick auf zukünftige Anforderungen stetig weiterentwickelt werden. Das Ziel ist, Missbrauch und Gefahren zu vermeiden oder zu minimieren, damit die Vertraulichkeit der Daten und die aufgabengemäße und gesetzeskonforme Verfügbarkeit der Systeme gewährleistet bleiben.

Zur Sicherung der Organisationsstrukturen der SPD Brandenburg in den Landkreisen und kreisfreien Städten bezuschusste der Landesverband auch weiterhin die Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes der Unterbezirke. Hier wurden im Jahr 2018 Mittel in Höhe von 40.724,28 Euro und im Jahr 2019 in Höhe von 39.104,69 Euro aufgewendet. Die Geschäftsstelle in Eberswalde wurde aus den Mitteln des Landesverbandes finanziert.

2.2 Ausgaben für die politische Arbeit und Wahlkämpfe

Für die allgemeine politische Arbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitsgemeinschaften...) wurden im Jahr 2018 Mittel in Höhe von 210.364,23 Euro und im Jahr 2019 von 159.913,55 Euro aufgewendet.

Für die Durchführung der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen wurden im Jahr 2018 insgesamt 33.635,87 Euro und im Jahr 2019 von 1,60 Mio. Euro aus den Mitteln des Landesverbandes aufgewendet.

3. Vermögensentwicklung

Die positive Entwicklung der Finanzen des SPD-Landesverbandes Brandenburg ist erfreulich - aber nicht selbstverständlich. Deshalb wollen wir bei dem sparsamen Kurs bleiben und dafür sorgen, dass die Märkische SPD auch künftig aus eigener Kraft handlungs- und kampagnenfähig bleibt.

⁸ Der SPD-Parteivorstand betreibt für alle hauptamtlichen Gliederungen der SPD ein bundesweites EDV-Netzwerk (=SPD-VPN). Der Begriff SPD-VPN steht nicht nur für das Daten-Netzwerk der SPD, sondern für alle Systeme, Dienste und Komponenten, die in diesem geschlossenen Kommunikations-System betrieben werden.

In danke allen Ortsvereinen, Unterbezirken, Arbeitsgemeinschaften, dem Geschäftsführenden Landesvorstand und dem Landesvorstand sowie den Mitarbeiter*innen des SPD-Landesverbandes Brandenburg für die gute Zusammenarbeit.

Dr. Harald Sempff
Schatzmeister

Anlagen:
Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 2018
vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 2019⁹

⁹ Der endgültige Rechenschaftsbericht für das Jahr 2019 lag bei Drucklegung noch nicht vor, da er noch durch die unabhängige Wirtschaftsprüfung begutachtet wird und die Prüfung der Revisionskommission noch aussteht. Er wird dem Landesvorstand in der Klausurtagung im Frühjahr 2021 vorgelegt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Brandenburg

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2018

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände Ortsvereine Unterbezirke und andere			Gesamt
	€	€	€	€	€
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	633.328,28	152.968,68	107.210,64	280.179,32	883.506,60
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	341.685,00	124.554,17	182.351,44	306.905,61	648.590,61
3. Spenden von natürlichen Personen	31.121,25	91.269,79	155.378,90	246.648,69	277.769,64
4. Spenden von juristischen Personen	2.500,00	9.681,35	67.350,00	77.031,35	79.531,35
5. Einnahmen aus Unternehmensstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5a. Einnahmen aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	71,31	28,60	79,05	107,68	179,00
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	41.780,77	38.659,80	68.650,98	128.310,78	170.071,55
8. staatliche Mittel	401.450,47	0,00	0,00	0,00	401.450,47
9. sonstige Einnahmen	3.114,77	2.611,49	2.022,34	4.633,83	7.748,63
10. Zuschüsse von Gliederungen	298.305,00	12.673,02	96.292,44	108.965,46	407.270,46
11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10	1.753.347,85	432.446,90	700.335,63	1.132.782,73	2.886.130,58
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	819.708,56	76,37	0,00	76,37	819.784,93
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	288.713,42	79.216,97	177.735,95	256.952,92	546.666,34
b) für allgemeine politische Arbeit	210.364,23	149.138,37	103.680,12	252.818,48	463.182,72
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	2.800,71	165,76	899,98	1.065,74	3.866,45
Bundestagswahl	0,00	71,86	12.754,10	12.825,96	12.825,96
Landtagswahl	7.474,60	327,42	4.967,84	5.295,06	12.769,86
Kommunalwahl	23.360,56	65.280,40	289.495,17	354.775,57	378.136,13
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	17,85	0,00	17,85	17,85
e) sonstige Zinsen	0,00	8,46	18,28	26,74	26,74
f) Ausgaben im Rahmen einer Unternehmensstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) sonstige Ausgaben	687,75	284,41	364,82	649,23	1.336,98
3. Zuschüsse an Gliederungen	74.244,28	20.238,56	10.882,62	31.121,16	105.365,46
4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3	1.428.354,11	314.826,43	600.766,66	915.625,11	2.343.979,22
3. Überschuss/Defizit (-)	324.993,74	117.620,47	99.537,15	217.157,62	542.151,36

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Brandenburg

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2018

Vermögensbilanz

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände Ortsvereine Unterbezirke und andere			Gesamt
	€	€	€	€	€
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftssollenausstattung	6.762,77	0,00	2.215,99	2.215,99	8.978,76
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	20.545,85	1.981,11	22.526,96	22.526,96
Summe Anlagevermögen:	6.762,77	20.545,85	4.197,10	24.742,95	31.603,72
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	2.296,19	0,00	0,00	0,00	2.296,19
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Gekbestände	1.209.452,84	794.036,85	623.866,18	1.417.903,03	2.627.355,87
IV. sonstige Vermögensgegenstände	26.468,13	2.500,00	0,00	2.500,00	28.968,13
Summe Umlaufvermögen	1.238.217,16	796.536,85	623.866,18	1.420.403,03	2.658.620,19
C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)	1.244.979,93	817.082,70	628.063,28	1.445.145,88	2.690.125,91
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	19.109,76	0,00	0,00	0,00	19.109,76
Summe Rückstellungen	19.109,76	0,00	0,00	0,00	19.109,76
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	19.239,13	0,00	0,00	0,00	19.239,13
II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
V. sonstige Verbindlichkeiten	80.611,72	0,00	144,88	144,88	80.756,60
Summe Verbindlichkeiten	79.850,85	0,00	144,88	144,88	79.995,73
C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)	98.960,61	0,00	144,88	144,88	99.105,49
3. Reinvermögen	1.146.019,32	817.082,70	627.918,40	1.445.001,10	2.591.020,42

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Brandenburg

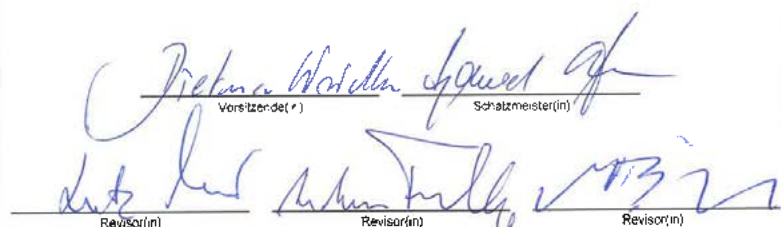
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2018

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Potsdam, den 27. September 2019



Vorsitzende(r) Schatzmeister(in)

Revisor(in) Revisor(in) Revisor(in)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Brandenburg

Vorläufiger RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2019

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Ortsvereine	Gebietsverbände Unterbezirke und andere	Summe	Gesamt
	€	€	€	€	€
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	619.649,32	151.149,46	105.906,51	257.055,97	876.705,29
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	329.317,50	131.045,46	168.291,48	299.336,94	628.654,44
3. Spenden von natürlichen Personen	141.150,22	241.859,30	266.276,66	508.135,96	649.286,18
4. Spenden von juristischen Personen	23.510,00	51.761,90	78.599,78	130.361,68	153.871,68
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5a. Einnahmen aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	71,67	568,65	34,09	602,74	674,41
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	26.327,42	38.177,99	81.183,68	119.361,67	145.689,09
8. staatliche Mittel	417.168,80	0,00	0,00	0,00	417.168,80
9. sonstige Einnahmen	2.626,50	10.799,28	3.185,35	13.984,63	16.611,13
10. Zuschüsse von Gliederungen	449.134,96	26.525,24	156.461,94	182.987,18	632.122,14
11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10	<u>2.008.956,39</u>	<u>651.887,28</u>	<u>859.939,49</u>	<u>1.511.826,77</u>	<u>3.520.783,16</u>
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	938.666,94	226,54	1.212,14	1.438,68	940.105,62
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	280.795,30	96.763,32	181.561,01	278.324,33	559.119,63
b) für allgemeine politische Arbeit	159.913,55	145.040,50	73.058,75	218.099,25	378.012,80
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	20.629,92	935,03	690,27	1.625,30	22.255,22
Bundestagswahl	0,00	1.211,72	299,70	1.511,42	1.511,42
Landtagswahl	1.557.629,71	133.310,71	402.265,59	535.576,30	2.093.206,01
Kommunalwahl	20.293,66	482.148,71	431.844,68	913.993,39	934.287,05
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	0,26	7,87	8,13	8,13
e) sonstige Zinsen	0,00	1,56	0,28	1,84	1,84
f) Ausgaben im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) sonstige Ausgaben	39,90	2.635,87	202,08	2.837,95	2.877,85
3. Zuschüsse an Gliederungen	102.269,17	46.464,05	34.553,96	81.018,01	183.287,18
4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3	<u>3.080.238,15</u>	<u>908.738,27</u>	<u>1.125.696,33</u>	<u>2.034.434,60</u>	<u>5.114.672,75</u>
3. Überschuss/Defizit (-)	<u>-1.071.281,76</u>	<u>-256.850,99</u>	<u>-265.756,84</u>	<u>-522.607,83</u>	<u>-1.593.889,59</u>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Brandenburg

Vorläufiger RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2019

Vermögensbilanz

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Ortsvereine	Gebietsverbände Unterbezirke und andere	Summe	Gesamt
	€	€	€	€	€
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftsstellenausstattung	3.039,36	0,00	869,72	869,72	3.909,08
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	13.267,12	1.981,23	15.248,35	15.248,35
Summe Anlagevermögen	3.039,36	13.267,12	2.850,95	16.118,07	19.157,43
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	2.204,80	0,00	0,00	0,00	2.204,80
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	8.018,00	0,00	0,00	0,00	8.018,00
III. Geldbestände	140.346,00	547.316,02	359.313,10	906.629,12	1.046.975,12
IV. sonstige Vermögensgegenstände	29.345,08	2.500,00	0,00	2.500,00	31.845,08
Summe Umlaufvermögen	179.913,88	549.816,02	359.313,10	909.129,12	1.089.043,00
C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)	182.953,24	563.083,14	362.164,05	925.247,19	1.108.200,43
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	48.138,02	0,00	0,00	0,00	48.138,02
Summe Rückstellungen	48.138,02	0,00	0,00	0,00	48.138,02
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	27.433,04	0,00	0,00	0,00	27.433,04
II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0,00	2.395,88	2,49	2.398,37	2.398,37
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
V. sonstige Verbindlichkeiten	32.644,62	455,55	0,00	455,55	33.100,17
Summe Verbindlichkeiten	60.077,66	2.851,43	2,49	2.853,92	62.931,58
C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)	108.215,68	2.851,43	2,49	2.853,92	111.069,60
3. Reinvermögen	74.737,56	560.231,71	362.161,56	922.393,27	997.130,83

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Brandenburg

Vorläufiger RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2019

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Potsdam, den

Vorsitzende(r)

Schatzmeister(in)

Revisor(in)

Revisor(in)

Revisor(in)

Wir gratulieren!



Jubilare 2019 – 2020

60 Jahre Parteimitgliedschaft

Johannes Martin

50 Jahre Parteimitgliedschaft

Peter Arendt
Frank Kupferschmidt
Reinhard Roß
Siegfried Schmauder

40 Jahre Parteimitgliedschaft

Dieter Falkenhof
Detlev Wieland

25 Jahre Parteimitgliedschaft

Patrick Aiche
Hannelore Arns
Anneliese Ast
Wolfgang Balint
Gisela Balzer
Thoralf Beyer
Dr. Tilo Biesecke
Hans-Joachim Blume
Jürgen Bonnes
Rocco Buchta
Christina Chvosta
Doris Dünow
Jürgen Dybowski

Sylvia Eickelmann
Frank Ernicke
Helga Fedtke
Karin Fritsche
Markus Fuß
Michaela Vörkel
Marco Genschmar
Klaus Glitz
Thomas Gregor
Hannelore Gußmann
Sebastian Haunstein
Christa Heitzmann
Heinfried Henniger
Hartmut Henschel
Kay Henschke
Uwe Hochmuth
Hans-Joachim Hutfilz
Heinz Stefan Jaunich
Dr. Dieter Jeschke
Kerstin Jeske
Enrico Kalläwe
Bruno Kämmerling
Christian Karbe
Gerd Karden
Marion Kliefert
Marco Köhn
Peter Kopalle
Karen Kramer
Hans-Joachim Kuhlmann
Uta Lange
Andreas-Hubertus Lange

Sieglinde Lange
Katrín Lange
Reingard Lehmann
Petra Lemke
Silvana Lommatzsch
Bernd Lüdemann
Wolfgang Maaß
Bernd Macollek
Torsten Maerksch
Rosemarie Makebrandt
Steffen Mark
Markus Metzenthin
Christian Moos
Michaela Maria Müller
Dr. Siegfried Naumann
Ferenc Nemeth
Bernd Neumann
Rene Nikodem
Anett Orthmann
Dr. Ralf Otto
Heinz-Günter Pellehn
Jan Peters
Lutz Plagemann
Matthias Platzeck, Ministerpräsident a.D.
Jörg Podzuweit
Herbert Reichelt
Göran Richter
Niels Rochlitzer
Sabine Fussan
Burkhard Rönnebeck
Dirk Röttger
Horst Rudolph
Guido Saemann
Freddy Schäfer
Dr. Michael Scharp
Sabine Schmeer
Dr. Thomas Schmidt

Georg Schneider
Mike Schubert
Detlef Schulz
Philipp Schuppan
Peter Schwarz
Dr. Birgit-Katharine Seemann
Natalie Sharifzadeh
Rudi Sonntag
Peter Stawitz
Jürgen Tschirch
Kathrin Veh
Ingrid Vogelsänger
Gerhard Wenzel
Klaus Westerberg
Dieter Wickel
Henning Wiesner
Gudrun Wolschon
Ringo Wrase
Frank Steinbock

Abschiede



Wir gedenken unserer verstorbenen Genossinnen und Genossen

Georg Acksel
 Marion Bähr
 Marianne Bandt
 Wolfgang Barknecht
 Ralf Becker
 Karin Benke
 Andreas Bettin
 Jörn Bilz
 Reiner Bilz
 Heinz Bindokat
 Bernhard Borchert
 Dagmar Bork
 Maria Brandt
 Klaus-Dieter Britze
 Lars Büchner
 Edith Cieslik
 Dietrich Coste
 Hans-Peter Dageroth
 Ingrid de Boor
 Hans Diez
 Ludwig Dlugosch
 Heinz Döbler
 Wolfgang Dräger
 Walter Ederer
 Christoph Eigenwillig
 Klaus Faber
 Christine Färber
 Peter Fascher
 Gerd Feierbach
 Horst Fiedler

Rolf Fischer
 Margot Franke
 Klaus Friedrich
 Brigitte Fritzsche
 Karl-Heinz Fürstenhöfer
 Manfred Galow
 Joachim Göbel
 Harald Grasow
 Brigitte Grüneberg
 Heide Günther
 Kurt Hahn
 Gottfried Hoffmann
 Dieter Holtmann
 Frank Homuth
 Jürgen Hoppe
 Lothar Hüppe
 Ursula Jagsch
 Manfred Jahn
 Horst Jahnke
 Gabriele Kallabis-Würzburg
 Harry Kanthack
 Günther Keil
 Bernd Klauck
 Heinz Klose
 Boris Kluge
 Klaus König
 Ilse Krause
 Horst Krell
 Herwarth Kuck
 Irmgard Kuhlee

Andreas Kuhnert
 Karola Kundmüller
 Jörg Dieter Kuntze
 Elke Künzel
 Detlef Ladewig
 Peter Lange
 Christa Lehmann
 Wolfgang Lindner
 Albert Lipfert

Ulrich Osterburg
 Harry-Walter Pietz
 Dietmar Pohl
 Jürgen Pohle
 Reimund Pracht
 Dieter Puhmann
 Manfred Pusch
 Manfred Rednitz
 Hans Richter



Ernst-Friedrich Lunkenheimer
 Lutz Majewski
 Ursula Mehlitz
 Jürgen Mertner
 Claudia Michel
 Peter Müller
 Axel Müller
 Johanna Nickel
 Edeltraut Nikolai
 Gerhard Nimke
 Christian Nowak
 Herbert Oberste-Lehn
 Karl Ofcsarik

Gabriele Riemann
 Wolfgang Rinke
 Lieselotte Ristau
 Jutta Romeike
 Hans Jörg Rompel
 Ekkehard Rösel
 Brigitte Sablon
 Siegfried Scharf
 Detlef Scheithauer
 Walter Schipke
 Ronald Schippel
 Gottfried Schlüter
 Dietrich Schmelling

Volker Schmidt
 Rosemarie Schmidt
 Ferdinand Scholz
 Christiane Schroeder
 Klaus Schroth
 Jürgen Schultze
 Hans-Joachim Schulz
 Otto Schulze
 Wolfgang Schwericke
 Hartmuth Seidel
 Hans Seiler
 Günter Siebert
 Klaus-Dieter Simolke
 Jürgen Sloma
 Günter Slosarek
 Manfred Smyczek
 Gunter Spieß
 Jürgen Spillecke
 Manfred Stolpe
 Hans-Joachim Syckor
 Rainer Thiel

Kurt Thielemann
 Hans-Joachim Trapp
 Jürgen Voß
 Günter Warme
 Anita Wenzel
 Lothar Werchan
 Rose-Marie Wermke
 Guenter Wermke
 Barbara Westphal
 Heinz Wiechert
 Dirk Wilking
 Ellen Wisniewski
 Claus Witting
 Günter Wittlinger
 Reinhard Woellner
 Werner Zahn
 Michael Zastrow
 Horst Zibbat

1. Oktober 2018 bis 31. August 2020



Anhang



■ Bildernachweis

Urheber Seite(n)

AG 60 plus Brandenburg 40, 41, 42, 43
 AG Selbst Aktiv Brandenburg 72
 AfA Brandenburg 49, 50, 51, 53
 ASF Brandenburg 57, 58
 ASG Brandenburg 68, 69
 ASJ Brandenburg 62
 Beatrice Kühnke 19, 140
 Colourbox 52
 Clipdealer 81
 Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg 70
 Frauenpolitischer Rat Brandenburg e.V. 55
 Henry Maske privat 14
 Jusos Brandenburg 45, 46, 47, 140
 Klaus Faber privat 77
 Lutz Gagsch 27
 Maja Wallstein priv 9, 33, 78, 80
 Michael Schwuchow privat 21
 Oliver Lang 23, 91, 93, 140
 photothek.net/Felix Zahn 74, 109, 110, 111, 112
 Pixabay (CC0) 25, 135, 137,
 SPD-Landesgruppe Brandenburg 83, 85, 88, 89,
 SPD-Landtagsfraktion 92, 96, 97, 98, 102, 103, 104, 105, 140
 SPD-PV 27
 SPD Brandenburg 1, 4, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 27, 54, 140
 SPD OHV 18
 SPD Queer Brandenburg 64, 65, 66
 Werner Schüring 16



SPD-Landesverband Brandenburg
Alleestraße 9
14469 Potsdam
Tel. 0331 – 730 980 0
www.spd-brandenburg.de
brandenburg@spd.de

EIN **SPD**
BRANDENBURG